

# Wahlprogramm der AfD Hamburg für die Bürgerschaftswahl 2020

1	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	
2	Präambel .....	6
3	1. Innere Sicherheit .....	6
4	1.1. Hamburg muss wieder sicher werden.....	6
5	1.2. Polizei besser ausstatten .....	6
6	1.3. Zwingende Abschiebung ausländischer Straftäter.....	6
7	1.4. Mehr Personal für die Hamburger Justiz.....	6
8	1.5. Wiedereinführung des bezirklichen Ordnungsdienstes .....	7
9	1.6. Härtere Strafen für Kriminelle sicherstellen.....	7
10	1.7. Jugendkriminalität mit dem „Neuköllner Modell“ wirkungsvoll begegnen .....	8
11	1.8. Keine Toleranz für Extremisten und politisch motivierte Kriminalität.....	8
12	1.9. Ein Versammlungsgesetz für Hamburg .....	9
13	1.10. „Upskirting“ sanktionieren .....	9
14	2. Migration .....	10
15	2.1. Hamburg hat genug Migration .....	10
16	2.2. Durchsetzung des geltenden Rechts und zulässiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen .....	11
17	2.3. Strikte Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung .....	11
18	2.4. Reform des derzeitigen Aufenthaltsrechts.....	12
19	2.5. Sachleistungen statt Geldleistungen für Schutzsuchende .....	12
20	2.6. Zentrale Unterbringung nach dänischem Vorbild .....	12
21	2.7. Änderung des Königsteiner Schlüssels zu Gunsten von Großstädten.....	12
22	2.8. Keine Schlepperschiffe im Hamburger Hafen .....	12
23	2.9. Verbot der islamischen Vollverschleierung im öffentlichen Raum .....	13
24	2.10. Kopftuchverbot an öffentlichen Einrichtungen.....	13
25	2.11. Kündigung des Staatsvertrages mit den islamischen Verbänden .....	13
26	3. Wohnen und Soziales .....	14
27	3.1. Freiheit und Chancengleichheit für alle Bürger.....	14
28	3.2. Wohnraum bezahlbar machen.....	14
29	3.3. Keine Nachverdichtung nach „Hamburger Maß“ .....	15
30	3.4. Hamburger Wohngeld: Menschen statt Beton fördern .....	16
31	3.5. Mehr Eigentum für unsere Bürger .....	16
32	3.6. Kostenloses Mittagessen an Schulen und Entlastung arbeitender Familien .....	16
33	3.7. Förderung von Wohnungslosen muss effektiver werden .....	17
34	3.8. Grundsteuer abschaffen.....	17
35	4. Verkehr, Infrastruktur und Stadtentwicklung .....	17
36	4.1. Freie Mobilitätswahl für alle .....	17

1	4.2. Metropolregion Hamburg aktivieren .....	18
2	4.3. Neue Altstadt Hamburg.....	18
3	4.4. Hauptverkehrsadern leistungsfähig halten .....	18
4	4.5. Keine Fahrverbote: Hamburg muss attraktiv für Autofahrer bleiben.....	19
5	4.6. Mobilität läuft nicht nur auf Batterien .....	19
6	4.7. Schluss mit dem Parkplatzabbau.....	19
7	4.8. Baustellen zügig abschließen .....	19
8	4.9. Keine Citymaut mit der AfD.....	19
9	4.10. Den ÖPNV durch Ausbau attraktiv gestalten .....	20
10	4.11. Fußgänger, Radfahrer, neue Mobilität – für alle besteht Handlungsbedarf.....	20
11	4.12. Sport braucht Stadtentwicklung.....	20
12	5. Bildung.....	21
13	5.1. Hamburgs Zukunft braucht hochwertige Bildung .....	21
14	5.2. Unterrichtsqualität verbessern .....	21
15	5.2.1. Unterricht sinnvoll strukturieren.....	21
16	5.2.2. Fachliche und pädagogische Ausbildung der Lehrer stärken.....	21
17	5.2.3. Stärkung fachlicher Inhalte statt einseitiger Kompetenzorientierung.....	22
18	5.2.4. Mut zu mehr äußerer Differenzierung .....	22
19	5.2.5. „MINT“-Fächer stärken.....	22
20	5.2.6. Mut zur Leistungsbereitschaft.....	23
21	5.2.7. Klassenwiederholungen ermöglichen .....	23
22	5.2.8. Mehr Disziplin.....	23
23	5.2.9. Demokratische Meinungsvielfalt stärken.....	24
24	5.2.10. Digitalisierung ersetzt nicht analoges Lernen .....	24
25	5.3. Gymnasien und Stadtteilschulen.....	24
26	5.3.1. Elternwahlrecht reformieren .....	24
27	5.3.2. Gymnasien wieder aufwerten .....	25
28	5.3.3. Möglichkeit der Rückkehr zu G9.....	25
29	5.3.4. Kleine und mittelgroße Schulen erhalten.....	25
30	5.4. Schulische Leistungszentren einführen.....	25
31	5.5. Kindeswohl statt Inklusionswahn.....	26
32	5.5.1. Wahlmöglichkeiten erhalten – Beratung intensivieren .....	26
33	5.5.2. Förderschulen erhalten .....	26
34	5.5.3. Förderschwerpunkte des Lehramtes für Sonderpädagogik erhalten .....	26
35	5.6. Werte und Integration.....	27
36	5.6.1. Schule als Vermittler von Werten .....	27

1	5.6.2 Beschulung von Migrantenkindern und Übergang in die Regelschulen .....	27
2	5.7. Hochschulen .....	27
3	5.7.1. Humboldts Bildungsideal versus „Bachelor“ und „Master“ .....	27
4	5.7.2. Steuergeldverschwendung unseriöser „Gender-Forschung“ beenden .....	28
5	5.8. Vorschule und Kindergarten.....	28
6	5.9. Berufsbildung .....	28
7	5.9.1. Duales System statt Akademisierungswahn.....	28
8	5.9.2. Die AfD steht für das Duale Berufsbildungssystem.....	28
9	5.9.3. Die Abbrecherquote in der Lehre ist zu vermindern.....	29
10	6. Umwelt und Energie.....	29
11	6.1. Umweltschutz statt Klimahysterie .....	29
12	6.2. Fernwärme muss bezahlbar bleiben .....	29
13	6.3. Fossile Energie ist weiterhin notwendig.....	29
14	6.4. Undemokratische Macht von Verbänden begrenzen .....	30
15	6.5. Weitere Anstrengungen zum Schutz vor Fluglärm.....	30
16	6.6. Sauberes Stadtgrün .....	30
17	6.7. Mehr Schutz für Hamburgs Naturflächen .....	31
18	6.8. Schluss mit der Bodenversiegelung.....	31
19	6.9. Sauberes Wasser .....	31
20	6.10. Mehr Biodiversität.....	32
21	6.11. Gegen Schmierereien .....	32
22	6.12. Dove Elbe als Binnengewässer und Naherholungsgebiet erhalten.....	32
23	7. Wirtschaft und Abgaben.....	32
24	7.1. Für ein prosperierendes Hamburg .....	32
25	7.2. Kammerzwang abschaffen .....	32
26	7.3. Gewerbesteuer senken .....	32
27	7.4. Hamburger Außenhandel braucht Wachstum .....	33
28	7.5. 5G in Hamburg.....	33
29	7.6. Spitzentechnologie in unserer Hansestadt: Li-Fi (light fidelity) .....	33
30	8. Gesundheit und Pflege .....	33
31	8.1. Es ist nicht alles Gold, was glänzt .....	33
32	8.2. Hamburger Pflegebedürftige aus Hamburger Haushaltsmitteln finanziell unterstützen .....	34
33	8.3. Pflegequalität in Hamburger Seniorenheimen besser kontrollieren .....	34
34	8.4. Ärzte aus Drittstaaten: Keine Approbation nach der „Papierform“ mehr .....	34
35	8.5. Krankenhaushygiene verbessern .....	35
36	8.6. Versorgung mit Hebammen in Hamburg verbessern.....	35

1	9. Familie .....	35
2	9.1. Familien sind unser Fundament .....	35
3	9.2. Häusliche Kindererziehung wertschätzen .....	36
4	9.3. Ein Hamburg nicht nur für Doppelverdiener.....	36
5	9.4. Anreize zur Familiengründung schaffen.....	36
6	9.5. Familien sollen wieder Verantwortung übernehmen .....	36
7	9.6. Risiken der Familiengründung verringern .....	37
8	9.7. Gegen Gender Mainstreaming, für Gleichberechtigung .....	37
9	9.8. Jugendhilfe familienfreundlicher gestalten.....	37
10	10. Demokratie.....	38
11	10.1. Schluss mit dem öffentlich-rechtlichen Zwangsrundfunk.....	38
12	10.2. Gegen politische Korrektheit, für Meinungsfreiheit .....	38
13	10.3. Keine Diskriminierung politischer Parteien.....	38
14	10.4. Keine Kulturförderung mit einseitiger politischer Propaganda .....	38
15	11. Digitalisierung.....	39
16	11.1. Technik muss dem Menschen dienen .....	39
17	11.2. Digitale Techniken in der Schule .....	39
18	11.3. Digitale Unterstützung für Unterschriftensammlungen .....	39
19	11.4. <i>Gamer</i> und E-Sport fördern.....	39
20	12. Katastrophenschutz und Bundeswehr .....	39
21	12.1. Einsatz der Bundeswehr im Katastrophenschutz.....	40
22	12.2. Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft.....	40
23	12.3. Bundeswehr an unseren Schulen .....	40
24	12.4. Sportfördergruppe nach Hamburg holen.....	40
25	13. Auswärtige Beziehungen .....	41
26	13.1. Hamburgs Beitrag zur positiven Entwicklung deutscher Außenpolitik.....	41
27	13.2. Attraktivität Hamburgs für internationale Repräsentationen steigern .....	41
28	13.3. Städtepartnerschaften ausbauen.....	41
29	13.4. Hamburgs Rolle in der Entwicklungspolitik.....	41
30		
31		

# 1 Pramibel

2

3 Das folgende Wahlprogramm wird davon geleitet, dass die Interessen der Bürger Hamburgs wieder im  
4 Vordergrund stehen, dass Hamburg wieder eine freie, sichere und attraktive Stadt wird und dass es  
5 wieder Alternativen gibt.

6

7 Die Alternative für Deutschland ist diese Alternative für Hamburg. Dieses Programm stellt dar, wofür  
8 wir stehen und was wir in Hamburg ändern werden.

## 9 1. Innere Sicherheit

### 10 1.1. Hamburg muss wieder sicher werden

11

12 Die AfD hat sich dem entschiedenen Kampf gegen Kriminalität und gegen die Erosion des Rechtsstaats  
13 verschrieben. Alle Hamburger Bürger haben ein Recht auf Sicherheit und die Durchsetzung des staat-  
14 lichen Gewaltmonopols. Dies setzt eine handlungsfähige Polizei sowie die rasche und konsequente  
15 Sanktionierung von Straftätern durch die Justiz voraus.

16

17 Der Staat darf rechtsstaatswidrige Verhältnisse nirgends dulden; dies gilt in Hamburg insbesondere für  
18 rechtsfreie Räume wie z.B. die Rote Flora.

19

20 Das folgende Maßnahmenpaket wird Hamburg wieder sicher machen:

21

### 22 1.2. Polizei besser ausstatten

23

24 Die AfD Hamburg wird unsere Hamburger Polizei stets finanziell, personell und instrumentell stärken,  
25 um sicherzustellen, dass sie ihrer Arbeit bestmöglich nachkommen kann.

26

27 Ein großes Problem ist die zunehmende Anzahl von Angriffen auf Polizeibeamte und Rettungskräfte.  
28 Um die anstehenden Verfahren mit aussagekräftigen Beweisen zügig durchzuführen, wird die AfD  
29 Hamburg die Einführung von Korperkameras (so genannter „Bodycams“) zum Schutze der Hamburger  
30 Beamten und Einsatzkräfte verwirklichen.

31

32 Ebenso wird die AfD Hamburg der Polizei den Einsatz weiterer, nichtletaler Wirkmittel in Form von  
33 Tasern ermöglichen, um Möglichkeiten zwischen den Extremen des unbewaffneten bzw. leicht bewaff-  
34 neten und des letalen Zwanges für die Durchsetzung geltenden Rechts zu schaffen.

35

### 36 1.3. Zwingende Abschiebung ausländischer Straftäter

37

38 Die hohe Rückfallquote von ehemaligen Haftinsassen ist eine enorme Belastung für Bevölkerung, Judi-  
39 kative und Exekutive. Die AfD Hamburg wird es sich daher im Bundesrat zum Ziel machen, Ausweisun-  
40 gen ausländischer Straftäter bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe als grundsätzlich zwingende  
41 Nebenfolge in das Gesetz aufzunehmen, und zwar unabhängig davon, ob diese zur Bewährung ausge-  
42 setzt wurde oder nicht. Bislang ist die zwingende Ausweisung erst ab einer Verurteilung zu einer Frei-  
43 heitsstrafe von mindestens drei Jahren vorgesehen.

44

45 Gleichzeitig wird die AfD Hamburg den mit Abschiebungen beauftragten Polizeibeamten ihre vollum-  
46 fangliche politische Unterstützung zukommen lassen.

47

### 48 1.4. Mehr Personal für die Hamburger Justiz

49

1 Die Judikative ist eine wichtige Säule unserer Demokratie. Der Senat hat in Hamburg sowohl durch  
2 Streichung bzw. Nicht-Neubesetzung von Richter- und Staatsanwaltsstellen als auch jenen von Be-  
3 diensteten im Justizwesen die gesamte Justiz quasi handlungsunfähig gemacht. Daran ändern auch die  
4 vom Senat in den letzten Monaten neu geschaffenen Stellen nicht viel. Zivil- und verwaltungsgericht-  
5 liche Klagen können über Jahre hinweg andauern. Straftäter werden vorzeitig aus der U-Haft entlassen,  
6 weil innerhalb der gesetzlichen Frist keine Hauptverhandlung stattfinden oder fortgesetzt werden  
7 konnte.

8  
9 Überwiegend werden Bewährungsstrafen ausgesprochen. Die entsprechenden Bewährungsaufgaben  
10 werden aber – mangels Personals oder mangels politischen Willens – nicht kontrolliert. Die AfD Ham-  
11 burg fordert, dass jeder, der gegen seine Bewährungsaufgaben verstößt, unverzüglich seine Strafe ver-  
12 büßen muss.

13  
14 Eine handlungsfähige Justiz ist für die AfD Hamburg eine Selbstverständlichkeit und gehört zu den  
15 Grundfaktoren für das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Hierfür ist neben der Schaffung neuer  
16 Stellen auch die Digitalisierung der Justiz voranzutreiben.

### 18 1.5. Wiedereinführung des bezirklichen Ordnungsdienstes

19  
20 Die Hamburger Polizei ist nach wie vor massiv überlastet, insbesondere durch die nach wie vor statt-  
21 findende illegale Migration, und die sich hieraus ergebende Kriminalität sowie andauernde gewalttä-  
22 tige Großdemonstrationen der überwiegend linken Szene personell nicht mehr in der Lage, sich auch  
23 noch um die zunehmende Verwahrlosung in unserer Stadt zu kümmern. Dadurch, dass die Polizei deut-  
24 lich über eine Million Überstunden vor sich herschiebt, ist die Verfolgung von so genannter „Kleinkri-  
25 minalität“ häufig gar nicht mehr möglich. Die entsprechenden Verfahren werden oft nach drei Mona-  
26 ten von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Auch aufgrund der langen Ausbildung und des schwachen  
27 Bewerbermarktes für deutsche Polizeibeamte wird sich an diesem Zustand auch in Zukunft kaum et-  
28 was ändern.

29  
30 Die AfD Hamburg wird deshalb wieder den bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) einführen. Sinn und  
31 Zweck des BOD wird es sein, die Polizei dort zu entlasten, wo keine hoheitlichen Aufgaben verfolgt  
32 werden müssen. Zentrale Aufgabe des BOD ist die Förderung von Ordnung und Sauberkeit – in Zusam-  
33 menarbeit mit der Stadtreinigung - in der Stadt. Wir schließen jedoch einen Einsatz des BOD im Park-  
34 raummanagement kategorisch aus.

35  
36 BOD-Mitarbeiter hingegen können – nach Erfahrungswerten auch anderer Bundesländer – in drei Mo-  
37 naten geschult werden und dann sofort ihre Arbeit aufnehmen. Die Polizei könnte sich wieder primär  
38 ihrer eigentlichen Aufgabe, der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr, widmen. Eine tragfähige Perso-  
39 nalausstattung des BOD ist für uns dabei eine Selbstverständlichkeit.

### 41 1.6. Härtere Strafen für Kriminelle sicherstellen

42  
43 Deutschland hat im internationalen Vergleich ein sehr mildes Strafrecht. In anderen demokratischen  
44 Rechtsstaaten werden zum Teil erheblich höhere und härtere Strafen verhängt. Das Übermaß von Be-  
45 währungs- und Geldstrafen wird im Zusammenhang mit der Massenmigration endgültig ad absurdum  
46 geführt: Die Autorität des Staates schwindet; Hamburg ist für Straßenkriminalität, Kriminalität von  
47 Migranten und das organisierte Verbrechen ein Paradies.

48  
49 Das Vertrauen der Bürger in unseren Rechtsstaat ist kaum noch gegeben. Dies liegt unter anderem auch  
50 an endlosen Verfahren und einer Überlastung der Justiz mit der Folge, dass Straftaten entweder gar  
51 nicht verfolgt werden oder dass Straftäter vorzeitig aus der Haft entlassen werden müssen. Die we-  
52 nigsten strafrechtlichen Verurteilungen werden vom Bürger als „gerecht“ empfunden.

1  
2 Daher werden wir bei der juristischen Ausbildung in Hamburg darauf achten, dass angehende Richter  
3 und Staatsanwälte stärker dafür sensibilisiert werden, dass das Strafrecht wesentlich zum gesellschaft-  
4 lichen Frieden beitragen muss und bei der Strafzumessung nicht nur einseitig auf den Täter Rücksicht  
5 genommen werden darf.  
6  
7

### 8 1.7. Jugendkriminalität mit dem „Neuköllner Modell“ wirkungsvoll begegnen 9

10 Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in bestimmten Stadtteilen dramatisch. Eine besondere  
11 Rolle hierbei spielen gerade junge Täter, denen derzeit ein geradezu zahnloses Jugendstrafrecht ge-  
12 genübersteht. Erzieherische Erfolge in diesem Segment lassen sich erfahrungsgemäß nur durch sofor-  
13 tige Anklage und Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen.  
14

15 Die AfD Hamburg befürwortet daher, in Anlehnung an das durch die verstorbene Berliner Jugendrich-  
16 terin Kirsten Heisig bekannt gewordene „Neuköllner Modell“, dass das vereinfachte Jugendverfahren  
17 gemäß § 76 Jugendgerichtsgesetz, das eine schnelle Aburteilung jugendlicher Straftäter ermöglicht, in  
18 Hamburg wann immer erforderlich angewandt wird und auf eine enge Kooperation von Polizei, Staats-  
19 anwaltschaft und Gerichten zu diesem Zwecke hingewirkt wird.  
20

21 Auf Bundesebene wird sich die AfD Hamburg dafür einsetzen, dass das Jugendstrafrecht auf Heran-  
22 wachsende (also Volljährige unter 21 Jahren) nicht mehr angewendet werden kann.  
23

### 24 1.8. Keine Toleranz für Extremisten und politisch motivierte Kriminalität 25

26 All jenen, die unserer Demokratie feindlich gegenüberstehen, wird die AfD Hamburg politisch ent-  
27 schlossen entgetreten. Die Bekämpfung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus und Anti-  
28 semitismus nur der Polizei und dem Verfassungsschutz zu überlassen, ist nicht ausreichend.  
29

30 Jugendliche müssen für die Gefahren des Islamismus, Antisemitismus und des Linksextremismus  
31 ebenso sensibilisiert und gegen diese aktiviert werden, wie das in den letzten Jahrzehnten bereits ge-  
32 gen den Rechtsextremismus praktiziert wurde.  
33

34 Die etablierte Politik in Hamburg verkennt insbesondere die Gefahren, die sich für eine offene Gesell-  
35 schaft aus dem Linksextremismus ergeben. Hamburg ist die Hochburg des Linksextremismus in  
36 Deutschland. Polizeistationen wurden in der Vergangenheit offen von Linksextremisten, „Autonomen“  
37 und sogenannten „Antifaschisten“ angegriffen.  
38

39 Die Ausschreitungen anlässlich des G-20-Gipfels haben deutlich gezeigt, dass Hamburg eine Keimzelle  
40 für links motivierte Gewalt ist. Immer noch werden für die Aufarbeitung der Ereignisse rund um den  
41 G20-Gipfel unzählige Personalressourcen seitens der Ermittlungsbehörden gebunden.  
42

43 Konkret schlagen wir daher folgende Maßnahmen vor:  
44

- 45 • Staatliche Mittel im Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus sollen auf einem höheren  
46 Niveau als bisher zur Verfügung gestellt werden. Die scharfkantige Bekämpfung von Rechts-  
47 extremismus muss insoweit auch bei der Bekämpfung anderer Extremismusformen zur Regel  
48 werden.
- 49 • Die AfD Hamburg wird Beratungsnetzwerke einrichten und fördern, um eine koordinierte und  
50 strukturierte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit an allen Hamburger Schulen gegen Extremis-  
51 mus zu gewährleisten. Institutionen, Vereine und andere nichtstaatliche Organisationen, die

1 gegen Islamismus und Linksextremismus aktiv aufklären, sind genauso zu unterstützen und  
2 finanziell zu fördern wie jene im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

- 3 • Für die Koordination der Einzelmaßnahmen ist jeweils ein zentral gesteuertes Landespro-  
4 gramm gegen Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus aufzu-  
5 legen. Betroffene islamistischer und linksextremistischer Aktivitäten müssen durch aktiven Op-  
6 ferschutz geschützt und gestärkt werden.
- 7 • Die autonome Szene in Hamburg wird von der Roten Flora aus maßgeblich geführt und orga-  
8 nisiert. Ohne die Rote Flora wären die zum Teil terroristischen Kommandoaktionen anlässlich  
9 des G20-Gipfels kaum möglich gewesen. Die AfD Hamburg wird dafür sorgen, dass die Rote  
10 Flora, die seit über 30 Jahren im Wesentlichen illegal besetzt ist, geräumt wird.
- 11 • Die AfD Hamburg wird staatliche Landesmittel zur Förderung politischer bzw. s.g. „zivilgesell-  
12 schaftlicher“ Verbände und Aktivitäten nur nach schriftlichem Bekenntnis der Empfänger zur  
13 freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) gewähren und behält sich vor, dieses Be-  
14 kenntnis einer Prüfung zu unterziehen.
- 15 • Die AfD Hamburg wird sich dafür einsetzen, dass gewalttätige „Antifa“-Gruppierungen als ter-  
16 roristische Vereinigungen eingestuft werden.

### 18 1.9. Ein Versammlungsgesetz für Hamburg

19  
20 Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Jeder Deutsche hat nach Artikel 8 des Grundgesetzes das  
21 Recht, Demonstrationen anzumelden. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass eine Versammlung  
22 friedlich bleiben muss – ansonsten kann sie sich nicht auf die Versammlungsfreiheit berufen.

23  
24 Demonstrationen, bei denen es vorrangig um „Randale“, die Begehung von Straftaten und schlicht und  
25 ergreifend darum geht, Hamburg in Schutt und Asche zu legen, wie z.B. die zum G20-Gipfel angemel-  
26 dete Demonstration „Welcome to Hell“, müssen in Zukunft einfacher unterbunden werden können.

27  
28 Unter Wahrung von Artikel 8 Grundgesetz befürwortet die AfD Hamburg daher den Erlass eines eige-  
29 nen Versammlungsgesetzes in Hamburg, das sich an dem strengeren Versammlungsgesetz aus Bayern  
30 orientiert.

31  
32 Ein solches Gesetz soll auch die Grundlagen schaffen, um leichter gegen Störer und Gegenversamm-  
33 lungen, die nur der Blockade einer früher angemeldeten Versammlung dienen, vorgehen zu können.  
34 Versammlungs- und Meinungsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, um andere in ihrer Ver-  
35 sammlungs- und Meinungsfreiheit zu verletzen und zum Schweigen zu bringen.

36  
37 Daneben wenden wir uns auch gegen Massenversammlungen von Ausländern auf unseren Straßen,  
38 wenn diese dazu missbraucht werden, um importierte ethnische Konflikte (z.B. jüngst zwischen Türken  
39 und Kurden) auf unseren Straßen auszutragen. Insoweit halten wir daran fest, dass die Versammlungs-  
40 freiheit gemäß Art. 8 Grundgesetz ein Deutschengrundrecht ist und Ausländer insoweit einfacher von  
41 Versammlungen ausgeschlossen werden können.

### 43 1.10. „Upskirting“ sanktionieren

44  
45 Bisher wird das voyeuristische Fotografieren unter dem Rock („Upskirting“) nicht vom deutschen Straf-  
46 recht abgedeckt. Nur wenn sich das Opfer im geschützten Raum aufhält (z.B. der Wohnung oder einer  
47 Umkleidekabine) droht bisher eine Strafe. Fotografieren im öffentlichen Raum in einer Menschen-  
48 menge (z.B. in der Bahn, auf der Rolltreppe oder einem Volksfest) hat in der Regel keine Konsequenzen.

49  
50 Die AfD Hamburg wird sich auf Bundesratsebene für eine Verschärfung des Strafrechtes in diesem Be-  
51 reich einsetzen, so dass derartige – meist frauenfeindliche – Handlungen zukünftig auch im öffentli-  
52 chen Raum strafrechtlich sanktioniert werden.

## 1 2. Migration

### 2 2.1. Hamburg hat genug Migration

3

4 Eine Abgeordnete der Grünen hielt im November 2015 eine Rede in der Hamburgischen Bürgerschaft,  
5 in der sie folgende Position formulierte:

6

7 *„[...] unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der*  
8 *Auffassung, dass wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer*  
9 *Stadt. Das ist auch das, was Migrationsforscher und Forscherinnen sagen: wir werden in einer*  
10 *Stadt leben, in der es – einfach gesagt – dass unsere Stadt davon lebt, dass wir ganz viele ver-*  
11 *schiedene Ethnien haben – ganz viele Menschen – dass wir eine superkulturelle Gesellschaft*  
12 *haben. Das ist das, was wir haben werden in der Zukunft. Und ich sage Ihnen auch ganz deut-*  
13 *lich, gerade in Richtung rechts: das ist gut so!“*

14

15 Die AfD Hamburg wird sich sämtlichem politischen Bestreben nach einer so verstandenen „superkul-  
16 turellen“, multikulturellen Gesellschaft, und den damit häufig verbundenen Parallelgesellschaften mit  
17 rechtsstaatlichen und politischen Mitteln widersetzen. Es steht einer kleinen Gruppe politischer Ak-  
18 teure nicht zu, dem Staatsvolk sein Idealbild einer Gesellschaft aufzuzwingen. Darüber kann nur das  
19 Volk in seiner Gesamtheit bestimmen.

20

21 Insofern teilen wir die Auffassung, die Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit bereits in der Zeitung DIE  
22 ZEIT vom 22. November 1991 formulierte:

23

24 *„Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von*  
25 *beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wanderungsgewinner ebenso*  
26 *wie Modernisierungsverlierer; sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemein-*  
27 *schaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte*  
28 *einzubüßen.“*

29

30 Diese Beschreibung der multikulturellen Gesellschaft ist heute Realität. Sie wurde ohne Einbeziehung  
31 der einheimischen Bevölkerung und ohne deren positive Willensbekundung forciert. Sie ist keine Uto-  
32 pie, welche es anzustreben gilt, sondern ein Zustand, der erhebliche gesellschaftspolitische Problema-  
33 tiken mit sich bringt.

34

35 Trotz der überwiegend einseitigen medialen Darstellung der Migration als etwas Positives sind die ne-  
36 gativen Effekte mittlerweile in allen Lebensbereichen zu spüren:

37

- 38 • So waren allein im Jahre 2018 34,5 Prozent aller in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten  
39 Tatverdächtigen Ausländer. Dies bedeutet: Eine Gruppe in der Bevölkerung, die laut amtlicher  
40 Statistik „nur“ 11,5 Prozent der Bevölkerung ausmacht (Ausländerquote) ist circa drei Mal so  
41 kriminell wie ein deutscher Staatsbürger. Dabei werden Migrationshintergrund sowie eine  
42 doppelte bzw. mehrfache Staatsbürgerschaft in dieser Statistik von vornherein nicht berück-  
43 sichtigt.
- 44 • Migration drückt schon nach allgemeinen Marktgesetzen die Löhne der einheimischen Bevöl-  
45 kerung. Ebenfalls werden durch die zunehmende Migration die Probleme der Wohnungs-  
46 knappheit in Hamburg verschärft.
- 47 • Gleichzeitig haben die Kosten allein für die Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg im Jahr 2018  
48 eine Höhe von 1,3 Milliarden Euro erreicht – Kosten, die von der Allgemeinheit und dem Steu-  
49 erzahler getragen werden müssen.

50

1 Gleichwohl schätzen wir alle rechtmäßig zugewanderten Mitglieder unserer Gesellschaft, die unsere  
2 Kultur *tatsächlich* bereichern, sich integrieren, insbesondere unsere freiheitlich-demokratischen  
3 Werte teilen und durch eigene Anstrengung und Fleiß zum Wohlstand unseres Landes beitragen.

4  
5 Migrationspolitik muss steuern und begrenzen, anstatt die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft  
6 zu befördern.

7  
8 Die AfD Hamburg setzt sich deshalb für folgende Maßnahmen ein:  
9

## 10 2.2. Durchsetzung des geltenden Rechts und zulässiger aufenthaltsbeendender Maß- 11 nahmen

12  
13 Im Jahr 2018 wurden mehr als die Hälfte aller Abschiebungen in Hamburg abgebrochen. Gleichzeitig  
14 waren gegen Ende desselben Jahres über 7.600 Ausländer in Hamburg ausreisepflichtig. Hier besteht  
15 ein Vollzugsdefizit, das dringend abgebaut werden muss.

16  
17 Hamburg ist als Land für den Vollzug des geltenden Aufenthaltsrechts verantwortlich. Für uns ist des-  
18 halb klar: Hamburg muss gegenüber allen Ausreisepflichtigen eine Abschiebequote von 100 Prozent  
19 erreichen. Die AfD Hamburg wird daher

- 20  
21 • eine lückenlose und präzise Erfassung und Identifizierung aller Asylbewerber sicherstellen, ins-  
22 besondere durch die Abnahme von Fingerabdrücken und im Falle von Personen, die behaupten,  
23 minderjährig zu sein, eine verpflichtende Altersuntersuchung vorschreiben,
- 24 • die Zahl der Abschiebehaftplätze in Hamburg von derzeit 20 vervielfachen und die nötigen  
25 (verfassungs-)rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um Abschiebehaft auch im Rahmen des  
26 Regelvollzugs der Justizvollzugsanstalten durchzuführen,
- 27 • regelhaft volljährige vollziehbar Ausreisepflichtige, insbesondere Straftäter, schon vor Beginn  
28 ihrer Abschiebung mit einer elektronischen Fußfessel überwachen lassen, um zu verhindern,  
29 dass Ausreisepflichtige sich ihrer Abschiebung durch Untertauchen entziehen können,
- 30 • einen umfassenden und möglichst automatisierten Datenaustausch und -abgleich mit Bundes-  
31 behörden, anderen Länderbehörden, ausländischen Behörden und EU-Behörden forcieren,  
32 um Asylmissbrauch effizienter zu bekämpfen,
- 33 • in allen Politikbereichen, in denen amtliche Statistiken erhoben werden, mehrfache Staatsan-  
34 gehörigkeiten und Migrationshintergrund erfassen lassen,
- 35 • über den Senat an Konsulate und Botschaften auswärtiger Staaten herantreten, um im Wege  
36 (ggf. informeller) Übereinkünfte Abschiebungen zu ermöglichen und zu erleichtern,
- 37 • und schließlich überflüssige „Integrationsmaßnahmen und -angebote“ für alle sich temporär  
38 in Hamburg aufhaltenden Migranten beenden und stattdessen auf eine Vorbereitung der  
39 Heimkehr in das Heimatland des Ausländers nach Wegfall des Aufenthalts- bzw. Fluchtgrundes  
40 setzen.

## 41 42 2.3. Strikte Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung

43  
44 Asyl ist ein temporärer Schutzstatus, der im Regelfall mit der Rückkehr in das Ursprungsland für den  
45 Schutzsuchenden enden muss, sobald keine Fluchtgründe mehr vorliegen. Die AfD Hamburg wird kei-  
46 nerlei Bemühungen unterstützen oder finanzieren, die es zum Ziel haben, diese Gruppe zu „integrie-  
47 ren“. In Fällen unverhältnismäßiger Härten können Ausnahmen gemacht werden.

1 Ebenso lehnen wir den so genannten „Spurwechsel“ ab, der einer nachträglichen Legalisierung der  
2 illegalen Asylpolitik der letzten Jahre dient und zu einem Instrument der weiteren Förderung von Zu-  
3 wanderung ausgebaut wurde. Für uns gilt der Grundsatz: Ein illegaler Grenzübertritt soll nicht in Lega-  
4 lität münden.  
5

#### 6 2.4. Reform des derzeitigen Aufenthaltsrechts

7

8 Die AfD Hamburg wird sich auf Bundesebene über den Bundesrat für eine tiefgreifende Reform des  
9 derzeitigen Aufenthaltsrechts einsetzen. Wir befürworten ein deutlich restriktiveres Einwanderungs-  
10 system nach australischem Vorbild unter der Beachtung der kulturellen und ökonomischen Gegeben-  
11 heiten in Deutschland. Das heißt also insbesondere: Konsequenter Schutz der deutschen Grenzen und  
12 eine offensive Werbekampagne gegen illegale Migration.  
13

#### 14 2.5. Sachleistungen statt Geldleistungen für Schutzsuchende

15

16 Wer in Hamburg legal Schutz erhält, hat Anspruch auf Nahrung, Obdach, medizinische Behandlung und  
17 Sicherheit. Er hat nach unserer Überzeugung keinen Anspruch auf gleichwertigen Zugang zu Sozialleis-  
18 tungen, die von unseren Bürgern finanziert werden.  
19

20 Die AfD Hamburg wird daher die involvierten Behörden anweisen, humanitär gebotene Leistungen,  
21 die an schutzsuchende Ausländer erbracht werden, ausschließlich in Form von Sachleistungen zu er-  
22 bringen. Die Gesetzeslage ist gegebenenfalls hierfür anzupassen.  
23

#### 24 2.6. Zentrale Unterbringung nach dänischem Vorbild

25

26 Unser nördlicher Nachbar Dänemark hat äußerst positive Erfahrungen mit der zentralen Unterbrin-  
27 gung von Asylbewerbern gemacht. Vor allem illegale Migranten bringt die sozialdemokratische Regie-  
28 rung Dänemarks auf der Ostseeinsel Lindholm unter. Dies ermöglicht eine bessere Kontrolle, schützt  
29 die eigenen Bürger und auch die Schutzsuchenden und setzt weitere Anreize für eine freiwillige Aus-  
30 reise. Die AfD Hamburg wird sich am dänischen Vorbild orientieren.  
31

#### 32 2.7. Änderung des Königsteiner Schlüssels zu Gunsten von Großstädten

33

34 Vor allem westdeutsche Großstädte wie Hamburg sind durch das derzeitige Verteilungssystem für  
35 Schutzsuchende, dem Königsteiner Schlüssel, unangemessen benachteiligt. Eine Stadt, die im Jahr  
36 2018 eine Ausländerquote von über 16 Prozent hatte und in der mehr als jeder dritte Einwohner sowie  
37 mehr als die Hälfte aller Schüler in Hamburg einen Migrationshintergrund hatten, kann nicht in dem  
38 gleichen Maße belastet werden wie die Flächenländer.  
39

40 Die AfD Hamburg wird sich – selbstverständlich neben generellen Bemühungen, die Migration nach  
41 Deutschland zu reduzieren – deshalb für eine maßgebliche Änderung des Königsteiner Schlüssels ein-  
42 setzen, die Hamburgs spezifische Situation berücksichtigt und gewährleistet, dass der deutsche und  
43 mitteleuropäische Charakter Hamburgs erhalten bleibt.  
44

#### 45 2.8. Keine Schlepperschiffe im Hamburger Hafen

46

47 Schlepperschiffe wie die „Sea-Watch 2“, die sich Seenotrettung auf die Fahnen schreiben, aber tat-  
48 sächlich

- 49 • eine wesentliche Triebfeder für die illegale Massenmigration nach Europa sind,
- 50

- 1 • Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten falsche Hoffnungen machen und diese dadurch in  
2 Lebensgefahr bringen,
- 3 • gewaltsam in die Hoheitsgebiete souveräner und befreundeter Staaten wie zum Beispiel Ita-  
4 lien eindringen,

5  
6 sind in der Vergangenheit auch vom Hamburger Hafen abgelegt.  
7

8 Die AfD Hamburg wird diese illegale Praxis beenden. Unsere Heimatstadt darf für Schlepper kein si-  
9 cherer Hafen sein. Deshalb muss seitens der Hamburger Politik alles dafür getan werden, dass solche  
10 Schiffe im Hamburger Hafen weder ein- noch auslaufen dürfen. Die AfD Hamburg wird darüber hinaus  
11 die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Hamburger Behörden diese Schiffe beschlagnah-  
12 men können.  
13

14 Auch im Hinblick auf etwaige Trägervereine der Schlepper wird die AfD Hamburg alle Anstrengungen  
15 unternehmen, um diesen die Gemeinnützigkeit zu entziehen und ein Vereinsverbot prüfen.  
16

## 17 2.9. Verbot der islamischen Vollverschleierung im öffentlichen Raum

18

19 Zu unserer deutschen und mitteleuropäischen Kultur gehört, dass Frauen gegenüber Männern gleich-  
20 berechtigt sind und man bei der Begegnung im öffentlichen Raum seinem Gegenüber ins Gesicht  
21 schauen kann. Beides wird durch die islamische Vollverschleierung, die ein Symptom der zunehmen-  
22 den Islamisierung in Deutschland ist, konterkariert.  
23

24 Europäische Demokratien wie Frankreich oder die Niederlande, welche die Vollverschleierung verbo-  
25 ten haben, sind für uns Vorreiter.  
26

27 Die AfD Hamburg wird daher die rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass in Hamburg die islamische  
28 Vollverschleierung im öffentlichen Raum generell verboten wird. Beim Zuschnitt des Verbotes ist da-  
29 rauf zu achten, dass keine Freiheitsverluste für den Bürger entstehen. Etwaige (verfassungs-)rechtliche  
30 Voraussetzungen müssen hierfür gegebenenfalls geschaffen werden.  
31

## 32 2.10. Kopftuchverbot an öffentlichen Einrichtungen

33

34 Die AfD Hamburg wird die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass nach französischem (und  
35 früher auch türkischem) Vorbild ein generelles Kopftuchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen und  
36 im öffentlichen Dienst eingeführt wird. Dazu zählen wir Behörden, Schulen und Universitäten, aber  
37 auch beispielsweise Krankenhäuser in staatlicher Trägerschaft oder Einrichtungen, die vom Staat  
38 (mit)finanziert werden.  
39

## 40 2.11. Kündigung des Staatsvertrages mit den islamischen Verbänden

41

42 Als erste Landesregierung hat der Hamburger Senat am 13. November 2012 einen Staatsvertrag mit  
43 verschiedenen islamischen Interessen-Verbänden geschlossen. Dieses Ereignis markiert einen histo-  
44 risch einmaligen Vorgang und könnte als wegweisend für die Frage gelten, wie der deutsche Staat in  
45 Zukunft sein Verhältnis zu einer stetig wachsenden muslimischen Minderheit gestalten will, die sich  
46 durch eine verstärkte Hinwendung zum Islam auszeichnet und von Organisationen vertreten wird, die  
47 eine rechtliche Gleichstellung mit den Kirchen anstreben. Seit seiner Ratifizierung wird der Staatsver-  
48 trag in der Öffentlichkeit als Beitrag zur Schaffung einer Gesellschaft gepriesen, die auf den Prinzipien  
49 von Offenheit und Vielfalt beruhe. Die Präambel des Staatsvertrages enthält gar die Feststellung, dass  
50 die Bürgerinnen und Bürger islamischen Glaubens einen bedeutenden Teil der Bevölkerung der Freien  
51 und Hansestadt Hamburg bilden und der Islam als ihr gelebter Glaube zu einem festen Bestandteil des

1 religiösen Lebens geworden sei. Ferner wird betont, Religion könne einen wertvollen Beitrag als Mitt-  
2 lerin zwischen unterschiedlichen Kulturen und Traditionen leisten.

3  
4 Sieben Jahre später muss festgestellt werden, dass das integrative Konzept des Staatsvertrags geschei-  
5 tert ist: Anstatt ihre Religion als „Mittlerin“ zu verstehen, haben die begünstigten Interessen-Verbände  
6 den Islam erfolgreich als Faktor politischer Macht eingesetzt. Anstatt eine Öffnung gegenüber dem  
7 säkularen Gemeinwesen zu vollziehen, haben sie sich in keinem einzigen Punkt ihrer Agenda dazu be-  
8 reit erklärt, hinsichtlich ihrer sozialen Dogmen Abweichungen oder gar Kompromisse zu akzeptieren,  
9 geschweige denn ihre daraus abgeleiteten Maximalforderungen kritisch zu hinterfragen. Stattdessen  
10 haben sie nicht selten eine islamistische Agenda ins Werk gesetzt, weshalb manche von ihnen – wie  
11 etwa das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) – seit Jahren unter der Beobachtung des Landesamtes für  
12 Verfassungsschutz stehen.

13  
14 Da die islamischen Interessen-Verbände bzw. die mit ihnen assoziierten Gemeinden nicht selten aus  
15 dem Ausland gesteuert werden, hat der Hamburger Senat mittelbar einen Staatsvertrag mit fremden  
16 Staaten geschlossen. Dieser Befund verdichtet sich besonders am Beispiel von DITIB-Nord, das über  
17 seine Kölner Zentrale nachgerade vom türkischen Amt für religiöse Angelegenheiten DIYANET abhängt  
18 und in der Vergangenheit in Hamburg durch zahlreiche islamistische Verfehlungen aufgefallen ist. Das  
19 IZH indes wird von der iranischen Regierung gelenkt und ist für seinen unverhohlenen zelebrierten Anti-  
20 semitismus bekannt.

21  
22 Die AfD Hamburg wird diese Zusammenarbeit beenden. In dem Wissen, dass die islamischen Interes-  
23 sen-Verbände Staatsverträge nicht als Chance zur Integration in das säkulare Gemeinwesen, sondern  
24 als Vehikel zur Durchsetzung ihrer eigenen Maximalforderungen verstehen, wird sie den Staatsvertrag  
25 kündigen. Dass im Falle Hamburgs ausländische Regierungen ihren Einfluss seit jeher für eine politische  
26 Indoktrinierung der hier lebenden Muslime missbrauchen, offen subversive Bestrebungen erkennen  
27 lassen und dabei jahrelang staatliche Fördermittel für den Kampf gegen islamischen Extremismus er-  
28 halten haben, hält die AfD Hamburg für untragbar. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die isla-  
29 mischen Interessen-Verbände aufgrund ihrer Rechtsform als eingetragene Vereine ohnehin nur für  
30 sich selbst, nicht aber für breite muslimische Bevölkerungsteile zu sprechen in der Lage sind.

31  
32 Schließlich versteht es die AfD Hamburg als ihre Pflicht, den Export des „Hamburger Modells“ in andere  
33 Bundesländer zu verhindern und lehnt es ab, die durch den Staatsvertrag erzeugten Probleme in den  
34 Mantel des Nichtwissens zu hüllen. Nach erfolgter Kündigung des Staatsvertrags können die Pflichten  
35 der islamischen Gemeinden in Hamburg im Wege der verbindlichen Gesetzgebung festgelegt werden.

### 36 3. Wohnen und Soziales

#### 37 3.1. Freiheit und Chancengleichheit für alle Bürger

38  
39 Die Teilhabe an Verwirklichungschancen im Leben ist der zentrale Aspekt gesellschaftlicher Gerechtig-  
40 keit. Jedes Individuum ist mit unterschiedlichen Anlagen, Präferenzen, Neigungen, Antrieben und Ide-  
41 alen ausgestattet. Die Lebensverläufe, Lebensentwürfe und Erfolge im Leben können deshalb niemals  
42 einheitlich sein. Gerechtigkeit bedeutet daher, Gleichheit in den Startchancen zu gewährleisten und  
43 gleichzeitig dem Bürger Möglichkeiten zur freien Entfaltung zu geben. Dort, wo jemand unverschuldet  
44 ein spezielles „Handicap“ hat, ist es aber genauso richtig, dieses auszugleichen, abzumildern oder un-  
45 terstützend einzugreifen.

#### 47 3.2. Wohnraum bezahlbar machen

1 Die Wohnungsfrage ist eine zentrale soziale Frage. Eine angemessene, auskömmliche und bezahlbare  
2 Wohnraumversorgung muss für geringe und mittlere Einkommen gewährleistet sein. Wohnraum ist  
3 knapp und teuer, weil

- 4
- 5 • eine Landflucht vorherrscht, die zu einer Ausdünnung ländlicher Gebiete führt,
- 6 • die anhaltende Massenmigration den Wohnungsmarkt belastet,
- 7 • in der Single-Hochburg Hamburg zunehmend Menschen alleine in einer Wohnung leben.

8

9 Das Wohngeld gemäß Bundesgesetz berücksichtigt die Mietentwicklung völlig unzureichend. Des-  
10 halb soll es durch ein Hamburger Wohngeld aufgestockt werden.

11

12 Die Eigentumsbildung soll ermöglicht werden, indem Eigenkapital vorfinanziert wird und die monatliche  
13 Belastung durch ein Bau-Wohngeld erträglich wird.

### 14

### 15 3.3. Keine Nachverdichtung nach „Hamburger Maß“

16

17 Der Senat möchte die Stadt Hamburg, in der jetzt schon mehr als 1,9 Millionen Menschen leben, zur  
18 Mega-City machen, die bis zum Jahre 2030 mehr als zwei Millionen Einwohner haben soll. Wir lehnen  
19 das klar ab.

20

21 Wir lehnen ebenso die genau diesem Ziel dienende brutale Nachverdichtung bereits vorhandener städ-  
22 tischer Wohnbau-Areale, wie sie der Senat betreibt und kürzlich mit seiner Mitteilungsdrucksache  
23 „Leitlinie zur lebenswerten kompakten Stadt – Hamburger Maß“ vorgestellt, ideologisch untermauert  
24 und euphemistisch überhöht hat.

25

26 Zwar spricht nichts dagegen, entlang der großen Hauptverkehrsstraßen der Stadt jeweils in der ersten  
27 Reihe eine attraktive, höhere und zum Teil gewerblich zu nutzende Bebauung herzustellen, schon um  
28 so die dahinter liegende Wohnbebauung besser vor Verkehrslärm zu schützen.

29

30 Auch bietet sich an, frei gewordene Industrieflächen je nach Lage des Einzelfalls für den Wohnungsbau  
31 im bewährten Drittelmix (ein Drittel öffentlich geförderter Wohnungsbau, ein Drittel frei finanziertes  
32 Wohnungsbau, ein Drittel Eigentumswohnungen) zu verwenden. Aber schon die auf diesen Flächen  
33 errichteten Neubaugebiete sind sehr häufig, so zeigt sich bereits jetzt, erdrückend und viel zu eng be-  
34 baut.

35

36 Gänzlich inakzeptabel sind aber die Pläne des Senats, ganz viele, über lange Zeit hinweg gewachsene  
37 Wohnquartiere im Geschosswohnungsbau im Nachhinein und ganz entgegen dem, was sich die oft  
38 namhaften Architekten damals dabei gedacht haben, oft in brutalem und instinktlosem Ausmaß nach-  
39 zuverdichten, sei es durch intensive Bebauung in den Innenhöfen der Quartiere mit Blockrandbebauung,  
40 sei es durch Aufstockung der vorhandenen Gebäude um oft mehrere Geschosse, so dass Licht und  
41 Luft Mangelware werden – und das in Zeiten künftig immer weiter aufheizender Innenstädte und drin-  
42 gender Notwendigkeit der Einrichtung von Frischluftschneisen.

43

44 Ebenfalls gänzlich inakzeptabel sind unter anderem die Pläne des Senats, Charakter und Eigenart der  
45 Elbvororte sowie der Walddörfer nachhaltig und grundlegend zu ihrem Nachteil zu verändern, etwa  
46 dadurch, dass künftig in gartenbezogenen Wohngebieten möglichst nur noch Reihen- und Stadthäuser  
47 geplant, also Einfamilienhäuser durch das Bauplanungsrecht verdrängt werden, dass ferner zukünftig  
48 auf großzügige private Freiräume (= Gärten) verzichtet werden soll, die bauplanungsrechtlich durch  
49 „multifunktionale öffentliche Freiräume“ ersetzt werden sollen und dass künftig die städtebauliche  
50 Dichte im Umkreis von 600 Metern rund um alle Schnellbahnstationen (also auch etwa Othmarschen,  
51 Hochkamp, Klein-Flottbek) besonders erhöht werden soll, weil die Menschen dort kein Auto mehr ha-  
52 ben sollen.

1  
2 Vielmehr sollten die vorhandenen Ressourcen für die nachhaltig bessere verkehrliche Anbindung des  
3 Umlandes jenseits der hamburgischen Landesgrenzen eingesetzt werden, um den Menschen, die in  
4 Hamburg arbeiten, aber die hohen Mieten nicht zahlen können oder wollen, das Leben außerhalb der  
5 Großstadt – und trotzdem gut und schnell an sie angebunden – führen zu können. Und ebenso sollte  
6 auch mit Hamburger Mitteln die Digitalisierung des Umlandes vorangetrieben werden. Sie wird dazu  
7 führen, dass immer mehr Jobs nicht mehr an Wohnorte geknüpft sind. Insoweit werden dann in immer  
8 größerem Umfang Zuzüge nach Hamburg allein wegen des Berufs nicht mehr notwendig sein und somit  
9 die Stadt entlasten.

### 11 3.4. Hamburger Wohngeld: Menschen statt Beton fördern

12  
13 Über 300.000 unversorgte Hamburger Haushalte haben gemäß erstem Förderungsweg Anspruch auf  
14 eine Sozialwohnung. Den dafür ausgestellten Berechtigungsscheinen stehen jedoch keine verfügbaren  
15 Wohnungen gegenüber. Jährlich werden lediglich 3.000 Sozialwohnungen (also Wohnungen, die mit  
16 staatlichen Zuschüssen entstehen) neu gebaut. Eine weitere Steigerung ist kaum möglich.

17  
18 Deshalb hat die AfD Hamburg ein „Hamburger Wohngeld“ entwickelt, das diejenigen berechtigten Mie-  
19 ter bezuschusst, die bisher aufgrund des mangelnden Angebots nicht in den Genuss einer Sozial-Woh-  
20 nung gekommen sind.

21  
22 Finanziert wird dieses Wohngeld mit denjenigen 149 Millionen EUR, die aktuell für die Förderung von  
23 nur 3.000 Sozialwohnungen vorgesehen sind.

### 25 3.5. Mehr Eigentum für unsere Bürger

26  
27 In Hamburg wohnen nur 23 Prozent der Bürger in einem eigenen Haus oder Wohnung. Zum Vergleich:  
28 Bundesweit sind es 45 Prozent, in der EU durchschnittlich 69 Prozent, dabei sind Spitzenreiter Kroatien  
29 mit 90 Prozent und Rumänien mit 96 Prozent. Hamburg ist zusammen mit Berlin absolutes Schlusslicht.

30  
31 Die AfD setzt sich deshalb dafür ein, die Eigentümerquote in Hamburg deutlich zu erhöhen. Schulden-  
32 freies Wohneigentum schützt nachhaltig vor Mieterhöhungen, Kündigungen, Altersarmut und bildet  
33 inflationssicheres Vermögen.

34  
35 Die AfD Hamburg sieht u.a. folgende Entlastungen beim erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten,  
36 neu errichteten oder gebrauchten Immobilie vor: Erlass der Grunderwerbsteuer und Grundbuchkos-  
37 ten, Deckelung der Notarkosten, Besteller (das ist in der Regel der Verkäufer) trägt die Maklerkosten,  
38 Zahlung eines Bau-Wohngeldes.

39  
40 Finanziert wird dieses Bau-Wohngeld aus den Mitteln, die bisher für den sozialen Mietwohnungsbau  
41 vorgesehen sind. Nach Abzug der Aufwendungen für das Hamburger Wohngeld verbleiben hier 37 Mio  
42 EUR.

### 44 3.6. Kostenloses Mittagessen an Schulen und Entlastung arbeitender Familien

45  
46 Der Lebensstandard vieler Familien in Hamburg ist niedrig. Während die Kinder von Wohngeldbezie-  
47 hern und Beziehern anderer Sozialleistungen durch Bildungs- und Teilhabepaket gefördert werden,  
48 geht ein hoher Anteil von Familien mit niedrigem bis mittlere Einkommen leer aus. Diese erhalten  
49 keine Sozialleistungen und zahlen in der Regel hohe Mieten. Damit liegt ihr Lebensstandard häufig  
50 unter dem von Familien, die Sozialleistungen erhalten.

1 Hierin sehen wir eine Gerechtigkeitslücke. Um diese Familien zu entlasten, möchten wir sie von be-  
2 stimmten Kosten, die durch Benutzung der Bildungsinstitutionen anfallen, befreien. Dazu zählen wir  
3 beispielsweise die Kosten für das Mittagessen in der Schule. Auch setzen wir uns für steuerliche Ent-  
4 lastungen solcher Familien über Kinderfreibeträge ein.

### 6 3.7. Förderung von Wohnungslosen muss effektiver werden

8 Aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum werden immer mehr Menschen in Hamburg ob-  
9 dachlos. Obdachlosigkeit ist ein schwerer Schicksalsschlag, bei dem staatliche Unterstützung der Be-  
10 troffenen geboten ist. Für kurzfristig obdachlos gewordene Menschen aus dem Hamburger Raum sind  
11 Mikroappartements in städtischem Eigentum in der Größe von kleineren Studentenappartements für  
12 eine Übergangszeit zur Verfügung zu stellen. Für Menschen in Dauerobdachlosigkeit, die ursprünglich  
13 aus dem Hamburger Raum kommen, müssen ebenfalls geeignete Maßnahmen getroffen werden, um  
14 sie in eine auf Dauer menschenwürdige Wohnsituation in städtischem Eigentum zu bringen. Insbeson-  
15 dere bei jüngeren Menschen sollten neben dem menschenwürdigen Wohnraum soziale Maßnahmen  
16 getroffen werden, um sie in die Gesellschaft zu integrieren.

17  
18 Für Obdachlose in Hamburg, die nicht aus dem Hamburger Raum kommen, muss weiterhin das Win-  
19 ternotprogramm vorgehalten werden.

### 21 3.8. Grundsteuer abschaffen

22  
23 Das neue Grundsteuermodell von Olaf Scholz wird voraussichtlich vor allem in Metropolen zu einer  
24 deutlichen Mehrbelastung für Mieter und selbstnutzende Eigentümer führen. Das Scholz-Modell legt  
25 neben der Wohnfläche auch den durchschnittlichen Wert der Grundstücke und die Mietpreisentwick-  
26 lung in einem bestimmten Gebiet zugrunde, außerdem das Baujahr der Immobilie. Eine Neubewertung  
27 von 35 Millionen Grundstücken alle sieben Jahre führt zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand mit  
28 immensen Kosten. Es wird bereits heute von einem „Bürokratiemonster“ und einer der kompliziertes-  
29 ten Steuern weltweit gesprochen. Allein auf Staatsseite entstehen durch die Einführung deutschland-  
30 weit Kosten von 500 Millionen Euro. In Hamburg werden pro Einwohner und Jahr 255 Euro durch diese  
31 verwaltungsintensive Steuer eingenommen.

32  
33 Deshalb möchten wir die Grundsteuer langfristig abschaffen.

## 34 4. Verkehr, Infrastruktur und Stadtentwicklung

### 35 4.1. Freie Mobilitätswahl für alle

36  
37 Die AfD Hamburg wird mit einer intelligenten Stadtentwicklungspolitik die Lebensqualität verbessern  
38 und die Voraussetzungen für eine lebens- und liebenswerte Stadt schaffen. Dabei ist Wachstum mit  
39 Augenmaß unser Motto, nicht Wachstum, „koste es, was es wolle“.

40  
41 Hamburg darf nicht mehr Stauhauptstadt sein. Die AfD Hamburg wird daher die Verkehrsinfrastruktur  
42 sichern, modernisieren und ausbauen. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung moderner Gesellschaf-  
43 ten, fester Bestandteil der persönlichen Freiheit eines jeden Bürgers und für unsere Wirtschaft von  
44 existenzieller Bedeutung.

45  
46 Im Süden Hamburgs liegt das Herzstück der Stadt, der Hafen mit seinen über 150.000 Arbeitsplätzen,  
47 der besonders empfindlich durch die unzulängliche und heruntergewirtschaftete Verkehrsinfrastruk-  
48 tur belastet ist.

1 In weiten Teilen des Straßennetzes und des ÖPNV sind die Kapazitätsgrenzen überschritten. Die man-  
2 gelnde Instandsetzung der Infrastruktur ließen Hamburg in den letzten 25 Jahren von der Substanz  
3 leben.

4  
5 Wichtig ist uns: Die Bürger sollen selbst entscheiden, welche Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Die  
6 Politik soll nicht durch Verbote, Gängelung und Bevormundung Einfluss auf diese Wahl nehmen, son-  
7 dern durch die Schaffung attraktiver Angebote, zum Beispiel im ÖPNV-Bereich, ein umsteigen vom  
8 Auto auf Bahn und Bus befördern.

9  
10 Die ideologiegetriebene Bekämpfung und Vernachlässigung der Autofahrer und des Individualverkehrs  
11 insgesamt lehnen wir ab. Eine vernünftige Verkehrspolitik hat sich stattdessen an den Bedürfnissen  
12 aller Verkehrsteilnehmer auszurichten und darf nicht einseitig gegen die Autofahrer agieren. Wir wol-  
13 len ein solidarisches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer und plädieren für eine vernünftige Auftei-  
14 lung der Verkehrswege.

## 16 4.2. Metropolregion Hamburg aktivieren

17  
18 Hamburg ist das Zentrum unserer Metropolregion. Die Landkreise der Umgebung verfügen über aus-  
19 reichend Flächen für Wohnungen, Industrie, und Gewerbe, die in Hamburg stark begrenzt sind. Gleich-  
20 zeitig hält Hamburg viele im Umland nicht verfügbare zentrale Einrichtungen und Funktionen vor.

21  
22 Die AfD Hamburg wird unsere Metropolregion aktivieren und zu einer Planungsregion umbauen, die  
23 diese theoretischen Synergien zusammen mit den umliegenden Landkreisen praktisch nutzbar macht.  
24 Stadtplanung hört für uns nicht an der Stadtgrenze auf!

## 26 4.3. Neue Altstadt Hamburg

27  
28 In der Nachkriegszeit wurde das zerstörte Hamburg als autogerechte Stadt wiederaufgebaut, gewach-  
29 sene historische Zentren gingen verloren.

30  
31 Die AfD Hamburg setzt sich für die Entwicklung eines Konzeptes „Neue Altstadt Hamburg“ an zwei  
32 Stellen:

33  
34 Erstens könnte der historische Hopfenmarkt vor der Ruine der Nicolaikirche in kleinteiligen Häusern  
35 wiedererstehen, statt des geplanten Bürokomplexes „Burstah-Ensemble“.

36  
37 Zweitens müsste für den historischen Schaarmarkt die heutige „Michelwiese“ und das Verlagsgebäude  
38 Gruner + Jahr, das von der Stadt gekauft wurde, weichen. Eine neue Bebauung zwischen Michel und  
39 Hafen würde das bei Touristen beliebte „Portugiesen-Viertel“ mit dem Umfeld der Kirche verbinden.

## 41 4.4. Hauptverkehrsadern leistungsfähig halten

42  
43 Allein in Hamburg sind über 800.000 Kraftfahrzeuge registriert. Täglich pendeln über 330.000 Ein- und  
44 Auspendler von und nach Hamburg.

45  
46 Die hochfrequentierten Hauptverkehrsstraßen in ihrer Kapazität einzuschränken, in dem Fahrstreifen  
47 durch Radschutzstreifen ersetzt werden, lehnen wir strikt ab. Die AfD Hamburg wird stattdessen die  
48 Hauptverkehrsstraßen zweckgemäß als leistungsfähige Verkehrsadern erhalten.

49

1 Der „Sprung über die Elbe“ wird ohne zusätzliche neue Verkehrsanbindungen in Richtung Süden nichts  
2 werden. Wir setzen uns daher für die schnellstmögliche Verlängerung der U4 in Richtung Harburg,  
3 sowie für eine zügige Realisierung neuer Elbquerungen ein.  
4

#### 5 4.5. Keine Fahrverbote: Hamburg muss attraktiv für Autofahrer bleiben

6

7 Die Verdrängung des Individualverkehrs macht die Stadt unattraktiv. Die ideologisch begründete und  
8 als Umweltmaßnahme verkaufte Verteufelungskampagne gegen die Autofahrer muss beendet wer-  
9 den.

10 Zu diesem Zweck werden wir

- 11 • die hafenseitige Verbindung zwischen den Autobahnen A7 und A1 (Hafenquerspange) umge-  
12 hend realisieren,
- 13 • die Elbquerungen bei Glückstadt und Geesthacht zügig umsetzen,
- 14 • „Park-and-Ride“-Häuser für HVV-Karteneinhaber kostenlos nutzbar machen
- 15 • und sinnlose Durchfahrtsverbote für Dieselfahrzeuge aufheben.  
16  
17

18 Fahrverbote, gleich welcher Art, haben gravierende negative Auswirkungen auf Hamburgs Funktions-  
19 fähigkeit insgesamt und behindern die Pendler, den Handel und die Wirtschaft gleichermaßen. Anwoh-  
20 ner von Umfahungsstrecken werden durch das erhöhte Verkehrsaufkommen unverhältnismäßig be-  
21 lastet.  
22  
23

#### 24 4.6. Mobilität läuft nicht nur auf Batterien

25

26 Das Batterieauto mag für bestimmte Anforderungen seine Berechtigung haben, ist aber als generelle  
27 Mobilitätsstrategie ein politisch erzwungener Irrweg mit starker Umweltbelastung. Batterieautos kön-  
28 nen Diesel- und Benzinaggregate bei weitem nicht ersetzen. Die AfD Hamburg wird daher andere zu-  
29 kunftsweisende Technologien wie Hybrid- und Wasserstofftechnologien forcieren.  
30

#### 31 4.7. Schluss mit dem Parkplatzabbau

32

33 Der massive Parkplatzabbau muss nicht nur beendet, sondern umgekehrt werden, bis eine bedarfsde-  
34 ckende kostenfreie Anzahl von Parkplätzen vorhanden ist. Der „Suchverkehr“ nach Parkplätzen, der  
35 rund ein Drittel des Stadtverkehrs ausmacht, wird so wesentlich reduziert. Die Einschränkungen der  
36 Parkplatzverfügbarkeiten durch Umnutzungen, Abpollerungen und unprofessionelles Baustellenma-  
37 nagement lehnt die AfD ab. Die Stellplatzbauverpflichtung bei Wohnungsneubauten muss wieder ein-  
38 geführt werden.  
39

#### 40 4.8. Baustellen zügig abschließen

41

42 Die AfD Hamburg steht für eine intelligente Baustellenkoordination mit durchdachtem Ressourcenein-  
43 satz für eine schnellere bauliche Umsetzung in Großbaustellen. Die Anzahl parallel betriebener Bau-  
44 stellen werden wir begrenzen. Um einen schnelleren Abschluss von Bauarbeiten zu forcieren werden  
45 wir darauf achten, dass Mehrschichtbetrieb oder Bonuszahlungen bei schnellerer Fertigstellung von  
46 Anfang an vertraglich vereinbart werden.  
47

#### 48 4.9. Keine Citymaut mit der AfD

49

1 Nach Angaben des ADAC zahlen die PKW-Nutzer bereits jährlich 53 Milliarden Euro an Steuern und  
2 Abgaben im Verkehrsbereich. Diese müssen sinnvoller eingesetzt werden. Der ÖPNV wird darüber hin-  
3 aus nur durch Ausbau attraktiver, nicht durch das Abkassieren der Autofahrer.

4  
5 Die AfD Hamburg lehnt sowohl die City-Maut als auch die Maut für alle ab. Aus dem Stau-, Parkplatz  
6 und Luftverschmutzungsproblem nun eine Maut folgen zu lassen, ist der falsche Weg. Die Maut zieht  
7 eine weitere dauerhafte und erhebliche finanzielle Belastung für Gering- und Normalverdiener nach  
8 sich. Auch der innerstädtische Einzelhandel lebt in erheblichem Umfang von Konsumenten aus dem  
9 Umland. Mit einer Maut würden sich die Geschäfte in neue Einkaufszentren am Stadtrand oder in die  
10 Nachbargemeinden verlagern.

#### 11 12 4.10. Den ÖPNV durch Ausbau attraktiv gestalten

13  
14 Die AfD Hamburg steht für einen zuverlässigen, günstigen, pünktlichen und sicheren öffentlichen Per-  
15 sonennahverkehr. Die Umsetzung wird durch einen Verkehrsentwicklungsplan erreicht, der zielgerich-  
16 tet und schlüssig aufzeigt, wo Hamburg 2050 verkehrlich stehen wird. Konzeptlose und milliarden-  
17 schwere Leuchtturmprojekte, wie die Wiederaufnahme der Straßenbahnpläne oder Teile der U5, lehnt  
18 die AfD Hamburg ab.

19  
20 Ziel unseres Verkehrskonzeptes ist es, Pendlerströme zu verringern, leistungsfähige Verkehrsadern mit  
21 begleitender Wohn- und Gewerbeflächenplanung in der Metropolregion zu entwickeln und dadurch  
22 der zunehmenden Verdichtung unserer Stadt entgegenzuwirken. Dazu gehört die Verlängerung des  
23 schienengebundenen ÖPNV weit über die Stadtgrenzen hinaus.

24  
25 Das HVV-Tarifsystem muss dabei vereinfacht und ökonomisch gerecht gestaltet werden.

#### 26 27 4.11. Fußgänger, Radfahrer, neue Mobilität – für alle besteht Handlungsbedarf

28  
29 Alle sprechen vom Fahrrad und E-Roller, keiner vom Fußgänger, dem schwächsten Verkehrsteilneh-  
30 mer. Daher die klare Aussage: Der Bürgersteig gehört einzig und allein dem Fußgänger, Zuwiderhand-  
31 lungen sind zu ahnden.

32  
33 Die Instandsetzung von Gehwegen muss mit mehr Ressourcen barrierefrei und behindertengerecht  
34 zügiger umgesetzt werden. Ausbau von Verkehrswegen für Auto und Fahrrad darf nicht zu dessen Las-  
35 ten gehen.

36 Der Ausbau der Velorouten, ohne unverhältnismäßige Einschränkung anderer Verkehrsteilnehmer, ist  
37 nach Jahrzehnten des Stückwerks endlich fertig zu stellen.

38  
39 Bei der Konzeption von neuen Radwegen soll auf ein störungsfreies, baulich voneinander getrenntes  
40 Miteinander von Radfahrern, Fußgängern und Autofahrern geachtet werden. Ferner wird die AfD Ham-  
41 burg ein umfangreiches Sanierungsprogramm für bereits bestehende Radwege aufsetzen.

42  
43 Neue Verkehrsmittel, wie z.B. MOIA oder die E-Roller, haben sich an die Gegebenheiten anzupassen,  
44 nicht umgekehrt. Renditeorientierte Verkehrsmittel privater Unternehmen dürfen keine Steuergelder  
45 benötigen, keine wettbewerbsverzerrenden Vorteile in Anspruch nehmen und letztlich muss ihre Nut-  
46 zung einen Mehrwert für die Mobilität der Gesellschaft darstellen.

#### 47 48 4.12. Sport braucht Stadtentwicklung

49  
50 Mit der Dekadenstrategie hat Hamburg einen hervorragenden Leitfaden, um sportpolitische Ziele zu  
51 verwirklichen. Diese gilt es, endlich auch vollumfänglich in der Stadtplanung und der Sportförderung

1 umzusetzen. In diesem Sinne gilt es, im Gegensatz zu der heutigen Politik, den Breitensport und insbe-  
2 sondere auch kleinere Sportvereine durch einen Sockelbeitrag gezielt zu fördern.

3

4 Sportvereine übernehmen zunehmend Landesaufgaben. Dies wollen wir nicht: Staatsaufgaben müssen  
5 in der öffentlichen Hand bleiben.

6

## 7 5. Bildung

### 8 5.1. Hamburgs Zukunft braucht hochwertige Bildung

9

10 Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, in dem sich alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer  
11 Begabungen und Fähigkeiten wie auch ihrer Leistungsbereitschaft optimal entwickeln können. Dies hat  
12 nicht nur Bedeutung für den Einzelnen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft und Volkswirtschaft.

13

14 Es ist jedoch eine weit verbreitete Fehlannahme, Abitur und Studium seien heutzutage das für alle  
15 erstrebenswerte Bildungsziel. Berufsqualifizierende Abschlüsse sind in ihrer Wertigkeit und in ihrem  
16 Nutzen für Gesellschaft und Volkswirtschaft von ebenfalls hoher Bedeutung. Wir sind der Überzeu-  
17 gung, dass die Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien diese unterschiedlichen Bildungswege wie-  
18 der profiliert abbilden müssen. Dazu ist die verheerende Entwicklung der vergangenen Jahre unter  
19 Rot-Grün zu immer höheren Abiturientenquoten, verbunden mit einer deutlichen Absenkung der Lei-  
20 stungsstandards, zu stoppen.

21

22 Wir treten für ein differenziertes, leistungsorientiertes System von Stadtteilschulen und Gymnasien  
23 mit qualitativ hochwertigen Bildungsabschlüssen ein.

24

### 25 5.2. Unterrichtsqualität verbessern

26

27 Der Schlüssel zu qualitativ hochwertigen Bildungsabschlüssen liegt in der Verbesserung der Unter-  
28 richtsqualität. Dieses Ziel darf sich aber nicht an ideologischen Befindlichkeiten oder Vorgaben politi-  
29 scher Korrektheit orientieren, sondern muss maßgeblich die Befunde und Erkenntnisse empirischer  
30 Bildungsforschung einbeziehen, u.a. die vielbeachtete Metastudie „Visible Learning“ von John Hattie.  
31 Wir sind davon überzeugt, dass erst dadurch wesentliche Verbesserungen der Unterrichtsqualität an  
32 den Hamburger Schulen erreicht werden können.

33

#### 34 5.2.1. Unterricht sinnvoll strukturieren

35

36 Schüler lernen am erfolgreichsten, wenn Lehrer den Unterricht sinnvoll strukturieren und die Vermitt-  
37 lung neuer Wissensinhalte und Fertigkeiten anleiten. Hiervon profitieren alle Schüler, insbesondere  
38 aber die Leistungsschwächeren. Diesen Erkenntnissen steht leider eine rot-grüne Praxis in Hamburg  
39 entgegen, bei der Lehrer immer stärker in die Rolle von „Lernbegleitern“ gedrängt und Schüler im Un-  
40 terricht mit Arbeitsblättern und Gruppenarbeiten überfrachtet werden.

41

42 Wir setzen uns deshalb für einen Unterricht und eine Lehrerausbildung ein, in der methodische Vielfalt  
43 ihren Platz hat, aber das Strukturieren und Anleiten von Lernprozessen durch den Lehrer leitend blei-  
44 ben muss. Lehrer- und schülerzentrierte Wissensvermittlung sollen in einer angemessenen Mischung  
45 erfolgen.

46

#### 47 5.2.2. Fachliche und pädagogische Ausbildung der Lehrer stärken

48

1 Eine ebenso wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen liegt in der gründlichen Ausbildung der  
2 Lehrer. Sie sollen über ein hohes Fachwissen verfügen, die Fachdidaktik beherrschen und pädagogisch-  
3 psychologisch geschult sein.

4  
5 Die AfD Hamburg setzt sich für eine nach Schulabschlüssen differenzierte Lehrerausbildung ein. Die  
6 Reform der Hamburger Lehrerausbildung, die teilweise den Einheitslehrer für Stadtteilschulen und  
7 Gymnasien vorsieht, muss zurückgenommen werden.

8 Regelmäßige Unterrichtspraktika sind frühzeitig in das Studium zu implementieren. Angehende Lehrer  
9 sollen im Rahmen dieser Unterrichtspraktika auch hinsichtlich ihrer Eignung für den fachlich und ins-  
10 besondere pädagogisch anspruchsvollen Lehrberuf psychologisch beraten werden.

### 11 12 5.2.3. Stärkung fachlicher Inhalte statt einseitiger Kompetenzorientierung

13  
14 Wir wollen den Unterricht wieder stärker an fachlichen Inhalten ausrichten, anstatt einseitig auf den  
15 Erwerb von Kompetenzen zu setzen. „Üben“ und „Wiederholen“ sind gerade in der Grundschule und  
16 der Sekundarstufe I wichtige Prinzipien, die über den weiteren Lernerfolg entscheiden und die Basis  
17 für das abstraktere Lernen in den höheren Jahrgangsstufen legen. Wir wollen daher die Prinzipien des  
18 Übens und Wiederholens in die Bildungspläne der Kernfächer Mathematik, Deutsch sowie der ersten  
19 Fremdsprache mit verbindlichen Zeitumfängen festschreiben. Jährlich sollen Vergleichsarbeiten und  
20 Tests durchgeführt werden. Der Lernzuwachs ist durch diese Vergleichsarbeiten zu überprüfen.

### 21 22 5.2.4. Mut zu mehr äußerer Differenzierung

23  
24 Wir wollen die Zusammensetzung der Lerngruppen an den Hamburger Schulen in den besonders wich-  
25 tigen Kernfächern wieder stärker an den unterschiedlichen Leistungsniveaus der Schüler ausrichten.  
26 Die übertriebene „Binnendifferenzierung“ und „Individualisierung“ des Unterrichts, wie sie Rot-Grün  
27 propagiert, ist an ihre Grenzen gestoßen.

28  
29 Zu hohe Leistungsunterschiede in den Klassen verlangsamen das Lerntempo und führen zu Frustration  
30 durch Über- und Unterforderung. Eine homogenere Zusammensetzung ermöglicht dagegen eine ef-  
31 fektivere Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten sowie eine höhere Vertiefung der Lerninhalte. Dies  
32 liegt letztlich im Interesse aller, der Leistungsstarken wie der Leistungsschwachen.

33  
34 Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass in den (größeren) Stadtteilschulen die Jahrgangs-  
35 stufen in den Kernfächern Mathematik, Deutsch sowie der ersten Fremdsprache in leistungsstärkere  
36 und leistungsschwächere Gruppen aufgeteilt werden, damit die Schüler weder über- noch unterfor-  
37 dert werden.

### 38 39 5.2.5. „MINT“-Fächer stärken

40  
41 Unser Wohlstand beruht auch auf dem Einsatz von innovativen Technologien. Die Hamburger Schulen  
42 müssen verstärkt auf diese Qualifikationen hin ausbilden. Unterricht ist technologiefreundlich, offen  
43 für Innovationen und ideologiefrei-wissenschaftsgestützt zu gestalten. Das Gewicht der „MINT“-Fä-  
44 cher (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) im Stundenplan ist zu erhöhen.

45  
46 Ein gemeinsam mit der Wirtschaft aufzulegendes Förderprogramm „MINT“ würde für eine Ausstattung  
47 der Fachräume nach neuestem technologischem Standard und der zusätzlichen Anwerbung von Fach-  
48 Lehrern sorgen. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch an Schulen mit naturwissenschaftlichem  
49 Schwerpunkt die zusätzliche Einstellung von Laborleitern forcieren, um den Unterricht besser vor- und  
50 nachbereiten zu können und die effektive Lernzeit des naturwissenschaftlichen Unterrichts zu erhö-  
51 hen.

## 1 5.2.6. Mut zur Leistungsbereitschaft

2

3 Während linke Politik einseitig auf einen natürlichen Lerntrieb des Kindes baut, sieht die AfD Hamburg  
4 die Erziehung zu Lern- Leistungsbereitschaft als fundamental wichtig an. Lernen kann nicht immer nur  
5 Spaß machen – Lernen kostet auch Mühe. Erfolgreiches schulisches Lernen ohne Leistung und An-  
6 strengung ist eine fatale Illusion.

7

8 Wir setzen uns dafür ein, dass Bewertungen in Notenform anhand sachlicher Kriterien ab der 2. Klasse  
9 verbindlich an allen Hamburger Grundschulen erfolgen. Dies gibt Kindern und Eltern Orientierungshil-  
10 fen und entspricht in der Regel auch dem Wunsch der Kinder und Jugendlichen, sich mit anderen zu  
11 messen.

12

13 Schriftliche Lernerfolgskontrollen und Klassenarbeiten sind elementarer Bestandteil des Lernens. Wir  
14 wenden uns gegen eine weitere Aushöhlung der Instrumente schulischer Leistungsbewertung, wie sie  
15 von Rot-Grün in den vergangenen Jahren betrieben wurde.

16

17 Wir werden daher die 50-Prozent-Regel bei Tests und Klassenarbeiten wieder einführen, welche fest-  
18 legt, dass Schüler für die Note „4“ (ausreichend) wieder mindestens 50 Prozent der Gesamtpunktzahl  
19 erreichen müssen. Die Rückkehr zu dieser Regelung fordert u. a. auch die Bundesvorsitzende des Deut-  
20 schen Philologenverbandes, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing.

21

## 22 5.2.7. Klassenwiederholungen ermöglichen

23

24 Wir sind uns als AfD Hamburg bewusst, dass das „Sitzenbleiben“ als Ultima Ratio auch ein pädagogi-  
25 sches Mittel darstellt, um sowohl präventiv wie auch nachträglich auf die Leistungsbereitschaft von  
26 Schülern positiv einzuwirken. Die Wiederholung von Klassen soll deshalb bei Nichterfüllung festgeleg-  
27 ter Mindestanforderungen von den Klassenkonferenzen beschlossen werden können.

28

29 Das bisherige System des Förderunterrichts soll für diejenigen Schüler erhalten bleiben, denen auf-  
30 grund hoher Lerndefizite ein Sitzenbleiben droht. Insbesondere an Gymnasien ist bei unzureichenden  
31 Leistungen wieder stärker von der Möglichkeit der Abschlusung auf die Stadtteilschule Gebrauch zu  
32 machen. Diese Durchlässigkeit sollte grundsätzlich auch für leistungsstarke Stadtteilschüler möglich  
33 sein, die auf das Gymnasium wechseln möchten.

34

## 35 5.2.8. Mehr Disziplin

36

37 Schulisches Lernen verlangt Selbstdisziplin und das Einhalten von Regeln im Schulalltag. Wir wenden  
38 uns strikt gegen jegliche Formen physischer oder verbaler Gewalt an Schulen. Solche Vorfälle sind kon-  
39 sequent zu melden und müssen zeitnah auf einer Klassenkonferenz thematisiert werden.

40

41 Wir wollen, dass jeder Gewaltvorfall auch den Eltern mitgeteilt wird, um so die Erstverantwortlichen  
42 in der Erziehung ihrer Kinder zu bestärken und die schulische Null-Toleranz-Grenze gegenüber Gewalt  
43 zu verdeutlichen.

44

45 Wir sehen mit großer Sorge, dass es in Hamburger Schulen immer wieder zu Konflikten kommt, die  
46 eine religiöse Konnotation aufweisen. Davon sind Schüler jüdischen Glaubens überproportional betrof-  
47 fen. Solche Formen religiösen Mobbings stellen für Kinder eine schwere Belastung dar und stören de-  
48 ren Entwicklung nachhaltig. Aus diesem Grund muss sichergestellt sein, dass entsprechende Fälle früh-  
49 zeitig erkannt und unverzüglich unterbunden werden. Nur so ist es möglich, den Schutz konfessioneller  
50 Minderheiten zu gewährleisten.

51

1 Zuspätkommen und Schulschwänzen sind konsequent zu ahnden. Die Zahlungen staatlicher Transfer-  
2 leistungen soll daran gekoppelt werden, dass Eltern ihren Pflichten nachkommen, z. B. bezüglich des  
3 regelmäßigen Schulbesuches ihrer Kinder. Auch Bußgelder sollen verhängt werden.

4  
5 Für die AfD Hamburg ist ebenso klar, dass Pünktlichkeit im Schulalltag von Lehrern vorgelebt werden  
6 muss.

#### 7 8 5.2.9. Demokratische Meinungsvielfalt stärken

9  
10 Wir wehren uns gegen jegliche Versuche, Schüler für parteipolitische oder weltanschauliche Ziele zu  
11 vereinnahmen. Das Unterordnungsverhältnis, dem die Schüler ihren Lehrern gegenüber ausgesetzt  
12 sind, macht dies besonders problematisch.

13  
14 Wir sehen mit wachsender Sorge, dass in einzelnen Hamburger Schulen bereits ein Klima herrscht, in  
15 denen sich Betroffene nicht mehr trauen, ihre Meinung zu kontroversen und kritischen Themen offen  
16 auszusprechen, weil sie persönliche Nachteile oder Anfeindungen fürchten. Nur das Vertrauen in die  
17 strikte parteipolitische und weltanschauliche Neutralität auf dem Boden unserer freiheitlich-demokra-  
18 tischen Grundordnung stellt ein Schul- und Unterrichtsklima sicher, in dem sich demokratische Mei-  
19 nungsvielfalt entfalten kann. Schüler sollen ihre politischen Urteile im Diskurs und auf der Grundlage  
20 einer ausgewogenen und kontroversen Materialauswahl entwickeln können.

21  
22 Der Beutelsbacher Konsens ist strikt einzuhalten. Verstöße gegen das Neutralitätsgebot müssen von  
23 der Schulbehörde konsequent geahndet werden. Das betrifft auch das Verbot politischer Werbung an  
24 Schulen. Propaganda für extremistische Gruppierungen jeglicher Couleur oder Aufrufe zu politischen  
25 Demonstrationen haben an Schulen keinen Platz.

#### 26 27 5.2.10. Digitalisierung ersetzt nicht analoges Lernen

28  
29 „Digitalisierung“ ist zu einem Modewort avanciert, mit dem man auch in Hamburg zunehmend glaubt,  
30 die Bildungsmisere auf einen Streich beheben zu können. Dabei werden erhebliche Gefahren ausge-  
31 blendet, wie das Zurückdrängen des analogen und sozialen Lernens oder die Abhängigkeit der Schulen  
32 von technischer Infrastruktur und deren Folgekosten.

33  
34 Digitale Technologien können Lehrer darin unterstützen, Lernprozesse zielgenau zu gestalten, sie kön-  
35 nen aber nicht den analogen und sozial interaktiven Präsenzunterricht ersetzen. Unterricht kann nur  
36 so gut sein, wie die Lehrkraft ihn konzipiert und wie klug sie dabei digitale Medien einsetzt, deren  
37 pädagogischer Nutzen wissenschaftlich abgesichert ist.

38  
39 Für eine sinnvolle Umsetzung der Digitalisierung in Schulen bedarf es einer Gesamtstrategie unter  
40 Einbeziehung von Fachdidaktikern sowie Vertretern aus Wissenschaft und Verwaltung. Eine Ge-  
41 samtstrategie muss benennen, welche Fähigkeiten Schüler künftig erwerben sollen, um auf beruflicher  
42 und privater Ebene den Anforderungen der digitalen Welt gewachsen zu sein und welche Konsequen-  
43 zen dies für Lehrpläne, Lernprozesse, Lernumgebungen und die Lehrerbildung mit sich bringt.

44  
45 Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, dass der digitale Strukturwandel an den Hamburger  
46 Schulen durch ausreichend Fort- und Weiterbildungen für die Lehrkräfte begleitet und der didaktische  
47 Nutzen digitaler Medien im Unterricht in regelmäßigen Abständen wissenschaftlich evaluiert wird.

### 48 49 5.3. Gymnasien und Stadtteilschulen

#### 50 5.3.1. Elternwahlrecht reformieren

51

1 Das derzeit in Hamburg bestehende alleinige Elternwahlrecht führt oft zu Fehlentscheidungen und so-  
2 zialen Ungleichheiten; in manchen Stadtteilen scheitern immer noch mehr als die Hälfte aller Schüler  
3 am Gymnasium und müssen auf Stadtteilschulen zurückgeschult werden. Die AfD fordert eine gemein-  
4 same Entscheidung von Schule und Eltern für die richtige Wahl der weiterführenden Schule. Bei einem  
5 Dissens zwischen Schule und Eltern entscheiden schriftliche Prüfungen.  
6

### 7 5.3.2. Gymnasien wieder aufwerten

8

9 Hamburg hat seit einigen Jahren die höchsten Abiturientenquoten im Vergleich zu allen anderen Bun-  
10 desländern. Die derzeitige Quote beträgt deutlich über 50 Prozent. Der formal höchste Schulabschluss  
11 ist demnach in der Hansestadt längst der Regelabschluss und nicht mehr ein Zeugnis überdurchschnitt-  
12 licher Leistungsfähigkeit, denn die Entwicklung der Abiturlinflation ging einher mit einem Sinken der  
13 Ansprüche und des Leistungsniveaus.  
14

15 Wir wollen diese von Rot-Grün betriebene, ideologisch motivierte Entwertung der Gymnasien und des  
16 Abiturs beenden. Hierzu sind die Versetzungs- und Prüfungsanforderungen zu erhöhen. Ebenso soll  
17 die Anzahl der verbindlich einzubringenden Fächer und Punktzahlen aus der Studienstufe in die Abi-  
18 turnote erhöht werden.  
19

20 Die Benachteiligungen der Gymnasien gegenüber den Stadtteilschulen hinsichtlich der Klassenstärken  
21 und der materiellen Ausstattung sind aufzuheben und wieder einander anzugleichen; so ist derzeit  
22 unter anderem die maximale Klassenstärke bei den Gymnasien deutlich höher als bei den Stadtteil-  
23 schulen.  
24

### 25 5.3.3. Möglichkeit der Rückkehr zu G9

26

27 Wir sind der festen Überzeugung, dass G9 (Abitur in neun Jahren) dem Wunsch vieler Eltern und Schü-  
28 ler nach einem nachhaltigeren und vertiefteren Lernen entspricht. Wir werden uns für eine Wieder-  
29 einföhrung von G9 stark machen – nicht obligatorisch, sondern als Wahlmöglichkeit. Die Gymnasien  
30 sollen selbst entscheiden können, ob sie bei G8 bleiben oder zu G9 zurückkehren. So können die Eltern  
31 für ihre Kinder die geeignetere Schule auswählen.  
32

### 33 5.3.4. Kleine und mittelgroße Schulen erhalten

34

35 Hamburgs Bevölkerung wächst. Davon ist auch die Entwicklung der Schülerzahlen betroffen. Deren  
36 Gesamtzahl soll in den nächsten zehn Jahren um etwa 25 Prozent von derzeit 195.176 Schülern (Schul-  
37 jahr 2017/18) auf rund 240.000 im Jahr 2030 anwachsen.  
38

39 Die Antwort von Rot-Grün auf diese Entwicklung ist der Ausbau bestehender Schulen zu immer größe-  
40 ren Einheiten mit höherer Zügigkeit. Wir wollen diesen Trend stoppen, um die traditionsreichen Ham-  
41 burger Schulen nicht zu unpersönlichen Massen-Lernanstalten werden zu lassen.  
42

43 Wir werden uns deshalb für deutlich mehr Schul-Neugründungen einsetzen, um das bewährte Modell  
44 der kleinen und mittelgroßen Schulen mit weniger als 1.000 Schülern und weniger als 100 Lehrkräften  
45 an jeweils einem festen Schulstandort in Hamburg zu erhalten.  
46

## 47 5.4. Schulische Leistungszentren einföhren

48

49 Traditionell war das mehrgliedrige deutsche Schulsystem auf das Leistungsprinzip hin ausgerichtet,  
50 d.h. es ermöglichte einen sozialen Aufstieg durch Bildung mittels Abschlüssen auf unterschiedlichem  
51 Niveau.

1  
2 Dies hat in der ganzen Welt Maßstäbe gesetzt. Ein weniger leistungsorientiertes Bildungssystem wirkt  
3 stärker sozial reproduzierend, weil dann nicht die Leistungen zählen, sondern die durch familiäre und  
4 finanzielle Vor- oder Nachteile eröffneten oder verschlossenen Zugänge.

5  
6 Bei einer Hamburger Abiturientenquote von über 50 Prozent und einer Entwicklung des Abiturs zum  
7 Schulabschluss für die Mehrheit ist weitere Differenzierung für die Gruppe besonders leistungsstarker  
8 und engagierter Schüler in ausgewählten Fachbereichen wünschenswert.

9  
10 Die AfD will daher Leistungszentren für die zweijährige Oberstufe bis zum Abitur an einzelnen Gymna-  
11 sias einrichten. Leistungszentren verfolgen das Ziel, vergleichbar den Elitezentren des Sports, beson-  
12 ders leistungsfähige Schüler herausragend zu fordern und fördern.

13  
14 Die Aufnahme in diese Leistungszentren erfolgt durch anonyme Prüfungen, an denen sich sowohl Gym-  
15 nasial- als auch Stadtteilschüler beteiligen sollen. Dies setzt den Gymnasien und Stadtteilschulen im  
16 Wettbewerb auch Anreize, ihre Schüler für die Leistungszentren zu qualifizieren.

17  
18

## 19 5.5. Kindeswohl statt Inklusionswahn

20

21 Die UN-Behindertenrechtskonvention will die Lebens- und Entwicklungssituation von Menschen mit  
22 Behinderung verbessern. Die AfD unterstützt dieses Ziel nachdrücklich. Dazu bedarf es unterschiedli-  
23 cher Wege.

24

25 Eine „Schule für alle“, die jedes Kind aufnehmen und fördern soll, unabhängig von der Art und Schwere  
26 der Behinderung, ist abzulehnen, da sie nachweislich nach nationalem und internationalem For-  
27 schungsstand nicht allen Kindern gerecht wird. Unterschiedliche Beschulungsformen müssen erhalten  
28 bleiben.

29

### 30 5.5.1. Wahlmöglichkeiten erhalten – Beratung intensivieren

31

32 Die AfD befürwortet das Prinzip der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung,  
33 hält aber spezielle Einrichtungen grundsätzlich für unverzichtbar. Die Schulwahlfreiheit der Eltern von  
34 Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf muss erhalten bleiben.

35

36 In Abstimmung mit den Eltern soll der für das Kind geeignete Förderort gefunden werden. Das kann  
37 die allgemeine Schule oder aber eine Förderschule sein.

38

39 Dies setzt intensive Beratungsgespräche mit den Eltern voraus, in denen die spezifischen Vor- und  
40 Nachteile unterschiedlicher Beschulungsformen erörtert werden. Entscheidend ist die Frage: Welches  
41 Kind ist aus welchen Gründen an welchem Ort am besten zu beschulen? Das Kindeswohl muss im Mit-  
42 telpunkt jeder Entscheidung stehen.

43

### 44 5.5.2. Förderschulen erhalten

45

46 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen intensive Betreuung. Die Schließung der  
47 Förderschulen führt zu einem Verlust an sonderpädagogischen Betreuungs- und Auswahlmöglichkei-  
48 ten für die Eltern. Die AfD Hamburg setzt sich dafür ein, Förderschulen zu erhalten.

49

### 50 5.5.3. Förderschwerpunkte des Lehramtes für Sonderpädagogik erhalten

51

1 Deutschland verfügt (noch) über ein hochdifferenziertes Sonderschulsystem und eine darauf abge-  
2 stimmte spezialisierte Lehrerbildung. Dafür werden wir vom Ausland beneidet. Eine Dequalifizie-  
3 rung in der Lehrerbildung darf nicht stattfinden, um jedem sonderpädagogisch zu förderndem Kind  
4 optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen.

5  
6 Die sieben Förderschwerpunkte des Lehramtes „Sonderpädagogik“ müssen erhalten bleiben. Die nö-  
7 tige Expertise muss über Lehrstühle gesichert sein und darf nicht über Lehraufträge abgedeckt werden.  
8

## 9 5.6. Werte und Integration

### 10 5.6.1. Schule als Vermittler von Werten

11  
12 Die für unser Zusammenleben entscheidenden Werte, z. B. Verantwortung, Teamfähigkeit, Ehrlichkeit,  
13 Fleiß, Verlässlichkeit, Toleranz, Kameradschaft, Gewaltfreiheit, Solidarität, individuelle Freiheit, Primat  
14 des Rechtsstaats und Demokratie sollen in Schulen vermittelt werden.

15  
16 Ebenso ist die Beherrschung der deutschen Sprache ein wesentlicher und unverzichtbarer Teil des Bil-  
17 dungsauftrags der Schule. Zu viele Schüler kommen ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Schu-  
18 len und haben deshalb geringere Bildungschancen. Dies ist eine Herausforderung für den Staat ebenso  
19 wie für die betreffenden Familien, denen klare Signale gegeben werden sollten.

20  
21 Schule und Gesellschaft brauchen ein Mindestmaß von Gemeinsamkeit und Homogenität. Auch Schul-  
22 veranstaltungen sind ein Mittel der Integrationsförderung; dazu gehören Klassenfahrten, Sportveran-  
23 staltungen oder Theateraufführungen, an denen alle teilnehmen.

### 24 5.6.2 Beschulung von Migrantenkindern und Übergang in die Regelschulen

25  
26  
27 Schüler von neu eingewanderten Migranten, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht ausrei-  
28 chend beherrschen, sind zunächst in Vorbereitungsklassen zu unterrichten. Schüler aus Familien mit  
29 Bleibeperspektive sollen auf einen Abschluss in Deutschland vorbereitet werden, Schüler ohne Bleibe-  
30 perspektive auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Die Übernahme der Schüler in die Regelklassen setzt  
31 gute Deutschkenntnisse sowie Fachkenntnisse voraus; diese sind durch Tests zu prüfen.  
32

## 33 5.7. Hochschulen

34  
35 Hochschulen sind Institutionen, die besonderen feld- und fachspezifischen Regeln und Anreizen folgen,  
36 sie brauchen akademische Freiheit und Autonomie. Nur dann können sie gute Ergebnisse in Forschung  
37 und Lehre erzielen.

38  
39 Eine erfolgreiche Hochschulpolitik erfordert die Kooperation mit den Universitäten und Fachhochschu-  
40 len. Die AfD fordert als Einstieg in eine bessere Hochschulpolitik die Entlastung von staatlicher Büro-  
41 kratie.  
42

### 43 5.7.1. Humboldts Bildungsideal versus „Bachelor“ und „Master“

44  
45 Im Rahmen des ideologiegetriebenen „Bologna-Prozesses“ wurden in den letzten Jahren fast alle aka-  
46 demischen Studiengänge und Abschlüsse auf „Bachelor“ und „Master“ umgestellt. Das Hum-  
47 boldt'schen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre, das ein Vorbild für Universitäten weltweit war,  
48 wurde erheblich geschwächt.  
49

1 Die AfD fordert nur deshalb keine generelle Rückkehr zu den bewährten Studiengängen und Abschlüssen,  
2 weil dies erneut sehr aufwändig wäre. Die Entscheidung über die angebotenen Abschlüsse soll  
3 den Hochschulen überlassen bleiben.

#### 5 5.7.2. Steuergeldverschwendung unseriöser „Gender-Forschung“ beenden

7 Die sogenannte „Gender-Forschung“ hat in den vergangenen Jahren auch an den Hamburger Hoch-  
8 schulen zunehmend Stilblüten getrieben, die starke Zweifel an deren Seriosität und Wissenschaftlich-  
9 keit hervorrufen. Die Förderung von Lehrveranstaltungen wie „Gay Antifa Porn – Wie politisch ist Por-  
10 nografie?“ (Universität Hamburg, Wintersemester 2018/19) oder „Queer-feministische Organisation  
11 gegen den G20-Gipfel in Hamburg“ (Universität Hamburg, Sommersemester 2017) ist aufgrund ihres  
12 ideologischen Gehalts als wissenschaftsfremd einzustellen. Die Erforschung von Geschlecht, Ge-  
13 schlechterrollen und -strukturen soll hingegen naturwissenschaftliche Erkenntnisse vollumfänglich be-  
14 rücksichtigen.

### 16 5.8. Vorschule und Kindergarten

18 Bei frühkindlicher Bildung und Kindertagesbetreuung hat Hamburg bundesweit die schlechtesten Be-  
19 treuungsschlüssel. Dies muss verbessert werden. Die AfD setzt sich dafür ein, diese Fehlentwicklungen  
20 und Defizite abzubauen und die frühkindliche Bildung sicherzustellen.

22 Die AfD Hamburg setzt sich für verpflichtende Kindervorsorgeuntersuchungen ein, deren Einhaltung  
23 kontrolliert werden muss. Ärzte sollen den altersgemäßen Entwicklungsstand und Auffälligkeiten, z. B.  
24 Anzeichen von Misshandlungen, überprüfen. Bei Defiziten können die Jugendämter den Eltern Wei-  
25 sungen erteilen.

27 Austausch und Umgang mit Gleichaltrigen ist ein wesentliches Element der Sozialisation von Kindern  
28 aller gesellschaftlichen Milieus. Kinder sollen deshalb vor Einschulung ein Jahr täglich an einer Kinder-  
29 gruppe teilgenommen haben. Insbesondere bei Defiziten im Erwerb deutscher Sprachkenntnisse soll  
30 der Kindergartenbesuch verpflichtend sein.

### 32 5.9. Berufsbildung

#### 33 5.9.1. Duales System statt Akademisierungswahn

35 Die AfD Hamburg wendet sich gegen die Überbewertung universitärer Ausbildung zulasten der beruf-  
36 lichen Bildung. Das Duale System, also die Koppelung von betrieblicher und berufsschulischer Ausbil-  
37 dung, findet hingegen weltweit Anerkennung und Bewunderung.

39 Die von der OECD kritisierte geringe Akademiker-Quote in Deutschland verkennt, dass das Duale Sys-  
40 tem wesentlicher Grund für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ist. Die im internationalen Ver-  
41 gleich unterdurchschnittliche Akademikerquote beweist keine Ausbildungsnachteile unserer jungen  
42 Generation. Eine Akademikerschwemme nützt niemandem. Österreich und die Schweiz haben weniger  
43 Abiturienten, aber ein höheres Wirtschaftswachstum.

#### 45 5.9.2. Die AfD steht für das Duale Berufsbildungssystem

47 Das Duale Berufsbildungssystem ist ein leistungsstarkes berufliches Bildungswesen, das Jugendarbeits-  
48 losigkeit verhindert, indem junge Bürger direkt für das Berufsleben qualifiziert werden. Es eröffnet  
49 vielfältige Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs und der Weiterqualifizierung.

1 Die Duale Berufsbildung, besonders in den gewerblichen Berufen, trägt auch zu der Integration von  
2 Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das Arbeitsleben in Deutschland bei. Es gehört ohne Zweifel  
3 zu den entscheidenden Erfolgsfaktoren im globalen Wettbewerb und ist zudem tief in unserer Kultur  
4 verwurzelt. Es muss weiter vorangetrieben und vom Staat unterstützt werden.

5  
6 Alle Versuche der EU, das Duale Ausbildungssystem zu schwächen oder gar abzuschaffen, z. B. auch  
7 beim Meistertitel, werden wir abwehren.

### 8 9 5.9.3. Die Abbrecherquote in der Lehre ist zu vermindern

10  
11 Noch bricht jeder vierte Auszubildende seine Lehre ab. Das führt zu hohen Kosten für die Betriebe und  
12 die Volkswirtschaft sowie zu Misserfolgslebnissen und Frustrationen bei jungen Menschen.

13  
14 Es gilt, die objektiven Rahmenbedingungen für die Ausbildung zu verbessern. Die institutionalisierten  
15 Hilfen für die Wahl des für den Schulabgänger „richtigen“ Berufes sind beschleunigt und flächende-  
16 ckend einzuführen.

## 17 18 6. Umwelt und Energie

### 19 6.1. Umweltschutz statt Klimahysterie

20  
21 Es gibt keinen Grund für eine Klimahysterie. Die Freie Hansestadt Hamburg hat mehr unter hausge-  
22 machten klimatischen Problemen zu leiden als unter einem allgemeinen Klimawandel. Die Probleme  
23 treten durch Flächenversiegelung und Grünverlust auf. Eine Versachlichung der Klimadebatte ist wün-  
24 schenswert. Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, dem – wenn überhaupt – nur durch globales  
25 Handeln begegnet werden kann. Deutschland selbst verursacht bloß zwei Prozent aller CO2-Emissio-  
26 nen weltweit. Eine Politik des Verzichts und der Verbote lehnen wir ab. Hamburg versucht, dazu mit  
27 teuren eigenen Maßnahmen beizutragen. Viel wichtiger wäre für die Lebensqualität und das Wohlbe-  
28 finden des Menschen und der Natur ein angemessener Umweltschutz. Für diesen steht die AfD Ham-  
29 burg.

### 30 31 6.2. Fernwärme muss bezahlbar bleiben

32  
33 Hunderttausende von Hamburger Wohnungen werden mit Fernwärme versorgt. Das Fernwärmenetz  
34 hat Hamburg kürzlich zurückgekauft. Nun droht eine ideologisch motivierte Beschränkung der Art der  
35 Wärmeeinspeisung in dieses Netz, und damit drohen steigende Preise für die Fernwärmeversorgung.

36  
37 Wir wollen, dass Fernwärme bezahlbar bleibt.

38  
39 Dazu wollen wir alle verfügbaren Wärmequellen nutzen, einschließlich der Wärme, die im Kohlekraft-  
40 werk Moorburg bei der Stromerzeugung anfällt. Die Nutzung der Überschusswärme aus Moorburg ist  
41 umweltfreundlich und spart Ressourcen.

42  
43 Wir wollen den freien Wettbewerb im Wärmemarkt. Einen Anschlusszwang an das Fernwärmenetz  
44 lehnen wir ab.

### 45 46 6.3. Fossile Energie ist weiterhin notwendig

47  
48 Für die Absicherung der Grundlast im Stromnetz sind saubere konventionelle Kraftwerke unverzicht-  
49 bar. Denn diese Kraftwerke können Strom zuverlässig auch bei Windstille und Dunkelheit erzeugen. So  
50 sichert zurzeit das Kraftwerk Moorburg einen Großteil der Grundversorgung für Hamburg.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50

Deutschland hat bereits heute die höchsten Strompreise in Europa. Diese belasten die Verbraucher auch in Hamburg. Zusätzlich steigen die Wohnkosten durch neue Bauvorschriften. Ineffiziente Wärmedämmungsmaßnahmen an Gebäuden sind zu vermeiden. Mit der derzeit verfolgten Klimapolitik werden Preise und Versorgungsrisiken stark steigen. Das belastet die Verbraucher mit weiteren Kosten, nimmt ihnen Entwicklungschancen und gefährdet Arbeitsplätze.

Strom und Wärme dürfen keine Luxusgüter werden. Das Abschalten von technisch einwandfreien Kraftwerken aus ideologischen Gründen lehnen wir ab.

Das überalterte Kraftwerk Wedel muss umgehend ersetzt werden. Auch hier ist beim Ersatz auf Kosteneffizienz und Zukunftsfähigkeit zu achten.

Die AfD strebt im Bereich Klima weitere Forschungen an. So unterstützen wir Forschung im Bereich Kerntechnik. Die AfD legt auf technologieoffene Lösungen wert.

Der geforderte weitere Ausbau der Windenergie führt zu weiter steigenden Strompreisen und einem Anstieg des Risikos eines Netzzusammenbruchs.

Deshalb fordern wir: Schluss mit dem Bau weiterer Windkraftanlagen auf Hamburger Gebiet! Das Abschalten von Windrädern bei Vogel- oder Fledermaus-Flug reicht nicht aus, um die Tiere zu schützen. Die bestehenden Windräder sollten nach Ablauf ihrer Betriebsgenehmigung nicht ersetzt werden. Betonfundamente sind dann zu entfernen, Versorgungswege zu renaturieren. Die Kosten dafür sind von den Betreibern zu tragen.

#### 6.4. Undemokratische Macht von Verbänden begrenzen

Umweltverbände haben in Deutschland und damit auch in Hamburg einen demokratisch kaum bis gar nicht legitimierten Einfluss auf die Politik.

Das Verbandsklagerecht führt dazu, dass wichtige politische Entscheidungen immer wieder durch Klagen vor den Verwaltungsgerichten angegriffen werden, was ihre Umsetzung verzögert. Der von den Verbänden einseitig erzeugte Klagedruck beeinflusst die Entscheidungen der Behörden zum Nachteil der Gesellschaft. Beispiele sind die Klagen gegen die Elbvertiefung und die Durchfahrtsbeschränkungen für ältere Dieselfahrzeuge.

Wir wollen deshalb das Verbandsklagerecht einschränken, damit demokratische Entscheidungen von Bürgerschaft und Senat wieder zeitnah umgesetzt und nicht einseitig durch einzelne Interessengruppen verzerrt und verzögert werden können.

#### 6.5. Weitere Anstrengungen zum Schutz vor Fluglärm

Um Hamburg von dem Problem des Fluglärms endgültig zu befreien, fordert die AfD Hamburg langfristig die Verlagerung des Flughafens in die Metropolregion. Um dem Fluglärm aktuell zu begegnen, setzen wir uns für eine Neufassung einer daran ausgerichteten Gebührenordnung ein. Die AfD Hamburg steht für eine deutliche Anhebung der Start- und Landegeühren nach 22 Uhr, um die nächtliche Lärmbelastung der Anwohner weiter zu reduzieren.

#### 6.6. Sauberes Stadtgrün

1 Hamburg ist weltweit nicht nur als Hafenstadt und Kulturmetropole bekannt, sondern auch für sein  
2 grünes Stadtbild. Parks und Naturschutzgebiete, Straßenbäume, Plätze, begrünte Ufer und das allge-  
3 genwärtige Wasser durchziehen die gesamte Stadt, prägen die Atmosphäre und haben einen hohen  
4 Anteil an der Liebe der Hamburger Bürger zu ihrer Stadt.

5  
6 Leider entspricht dies nicht mehr überall der Realität, denn viele Parks und Grünanlagen in Hamburg  
7 vermüllen immer mehr und werden als „versteckte Plätze“ für Drogenmissbrauch genutzt. Die AfD  
8 Hamburg wird sich daher für eine konsequente Beseitigung und Prävention der Vermüllung einsetzen  
9 und sich um das Pflanzen weiteren Stadtgrüns kümmern.

10  
11 Parkanlagen werden wir in Zukunft auch gegen Baum-Entnahmen ohne eine konsequente, standort-  
12 nahe Nachpflanzung schützen.

13  
14 Wo Aufforstung möglich ist, sollte die Natur auch sich selbst überlassen werden, um eine natürliche  
15 Waldentwicklung zu fördern.

16  
17 Salzwiesen und Moor genießen besonderen Schutz und sollten renaturiert werden.  
18

## 19 6.7. Mehr Schutz für Hamburgs Naturflächen

20  
21 Hamburg erlebt einen Bauboom. Immer mehr werden auch Kleingärten, landwirtschaftliche Flächen  
22 und selbst Flächen in Naturschutzgebieten bebaut. Auf Licht- und Luftschneisen wird kaum noch Rück-  
23 sicht genommen.

24  
25 Die Position der AfD Hamburg dazu ist klar:

- 26
- 27 • Luftschneisen dürfen nicht weiter bebaut werden.
- 28 • Kleingärten sind zu schützen.
- 29 • Straßenbäume dürfen nicht abgeholzt werden.
- 30

## 31 6.8. Schluss mit der Bodenversiegelung

32  
33 Die AfD Hamburg wird ein Bodenentsiegelungsprogramm, mit Beteiligung, aber ohne zusätzliche Kos-  
34 tenbelastung der Bürger, auflegen.

35  
36 Verkehrsinseln wollen wir entsiegeln, gepflasterte Plätze begrünen, Parkplätze durchlässiger machen  
37 und Gehwege verschönern. Den Hamburger Grundeigentümern wollen wir Anreize geben, auf freiwil-  
38 liger Basis mehr zur Stadtverschönerung beizutragen, zum Beispiel durch Steuererleichterungen oder  
39 stadteigene Kreditprogramme.

## 41 6.9. Sauberes Wasser

42  
43 60 Prozent des in Hamburg verbrauchten Trinkwassers wird in Hamburg selbst gefördert. Um das  
44 Grundwasser besser zu schützen, wollen wir auch hier an relevanten Stellen den Boden entsiegeln.

45  
46 Krankenhäuser und Altenheime soll die spezielle Klärung von Abwässern ermöglicht werden, da Medi-  
47 kamentenrückstände das Wasser belasten.

48  
49 Durch eine Änderung der Bauordnung sollen Toilettenspülungen auch mit einem Regenwasserkonzept  
50 oder mit anderen technischen Lösungen in Zukunft genehmigt werden.  
51

## 6.10. Mehr Biodiversität

Weltweit geht Biodiversität verloren. In Hamburg ist ein konsequenter Insekten-, Vogel – und Fledermaus-Schutz notwendig.

Die AfD Hamburg wird deshalb

- Schulgärten für jede Schule und mehr Dachgärten im Innenstadtbereich zur Verfügung stellen,
- die SAGA anweisen, bei der Gebäudesanierung mehr Rücksicht auf mauerbrütende Vogelarten zu nehmen und ihre Nistplätze zu schonen,
- private Gartenbesitzer und Kleingärtner besser beraten und bei ihren Planungen unterstützen.

## 6.11. Gegen Schmierereien

Zu einem sauberen Erscheinungsbild unserer Stadt gehört, dass illegale Graffiti-Schmierereien stärker bekämpft und schneller beseitigt werden.

## 6.12. Dove Elbe als Binnengewässer und Naherholungsgebiet erhalten

Die Dove Elbe gehört zu den größten Binnengewässern in Hamburg neben der Alster. Wir wollen die Dove Elbe als Binnengewässer und Naherholungsgebiet erhalten. Eine industrielle Nutzung als Tidengewässer im Rahmen der Elbvertiefung lehnen wir ab.

Die Dove Elbe gehört zu den schönsten Binnengewässern in Hamburg mit einem hohen Wert als Naherholungsgebiet. Eine Nutzung als Tidengewässer würde diese Attraktivität gefährden und könnte zur Verschlickung des Gewässers führen.

Ein ständig wechselnder Wasserstand würde die Existenz vieler Gewerbebetriebe gefährden. Insbesondere wäre die Bergedorfer Schifffahrtslinie in ihrer Existenz bedroht, ebenso wie Sportboothäfen und Bootsvermietungen. Auch die Ruderregatta-Strecke wäre für Wettkämpfe nicht mehr geeignet.

## 7. Wirtschaft und Abgaben

### 7.1. Für ein prosperierendes Hamburg

In einer Zeit, in der sich eine weitere Wirtschaftskrise ankündigt, setzt die AfD Hamburg auf eine Politik, die den Wohlstand aller Bürger in unserer Stadt mehrt.

Erforderlich hierfür ist allerdings, dass wir unsere wirtschaftlichen Stärken ausbauen, statt sie zu behindern, das Unternehmertum in unserer Stadt fördern, Abgaben senken und Bürokratie abbauen.

### 7.2. Kammerzwang abschaffen

Die AfD Hamburg steht auch weiterhin für die Abschaffung des Kammerzwangs. Die Zwangsmemberschaft in der Handelskammer hat bei den meisten Unternehmen keinerlei Rückhalt. Andere Staaten haben ebenfalls keinen Kammerzwang und erleiden hierdurch keine Nachteile.

### 7.3. Gewerbesteuer senken

1 Mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 470 hat Hamburg bundesweit, verglichen mit dem durch-  
2 schnittlichen Hebesatz in anderen Bundesländern, die höchste Gewerbesteuerbelastung.  
3 Die AfD Hamburg spricht sich für eine Absenkung des Gewerbebesteuerhebesatzes mit Augenmaß aus.  
4 Soweit es die fiskalische Lage zulässt muss es Priorität der Politik sein, das Wirtschaftswachstum in  
5 unserer Stadt durch Steuersenkungen anzukurbeln.  
6

#### 7 7.4. Hamburger Außenhandel braucht Wachstum

8  
9 Der Hamburger Hafen ist Drehscheibe für die Importe und Exporte der deutschen Wirtschaft. Er sichert  
10 als Universalhafen mehr als 156.000 Arbeitsplätze in der Metropolregion Hamburg und ist mit einer  
11 Bruttowertschöpfung von 21,8 Milliarden Euro für die gesamte deutsche Volkswirtschaft von Bedeu-  
12 tung. Beeinträchtigungen des Hafengewachstums, wie sie z.B. aufgrund der EU-Sanktionen gegen Russ-  
13 land entstehen, müssen deshalb kritisch gewogen werden und gehören auf den Prüfstand.  
14

#### 15 7.5. 5G in Hamburg

16  
17 Eine der wichtigsten Technologien für den Sprung Deutschlands in die Industrie 4.0 ist schnelles Inter-  
18 net. Deutschland und insbesondere Hamburg installieren hierfür 5G-Technologie. Über den Hambur-  
19 ger Hafen, der zwei Jahre lang 5G-Versuchsgebiet war, laufen relevante Wirtschaftsinformationen der  
20 Hansestadt.  
21

22 Bei der Implementierung neuer Datentechnologien wie der 5G-Technologie setzt sich die AfD für eine  
23 annähernd maximale Datensicherheit ein. Hierbei ist der Fokus auf den Schutz der Hamburgischen  
24 Unternehmen vor dem Datenzugriff durch internationalen Unternehmen zu legen.  
25

#### 26 7.6. Spitzentechnologie in unserer Hansestadt: Li-Fi (light fidelity)

27  
28 In der Metropolregion Hamburg arbeiten nur etwa 4,8 Prozent der Beschäftigten im Hochtechnologie-  
29 bereich. Politik kann mit neuen Ideen die Rahmenbedingungen für Standortvorteile liefern. Wir möch-  
30 ten Spitzentechnologie fördern und neue Ideen in der Hamburger Infrastruktur umsetzen. Eine dieser  
31 Ideen ist Li-Fi (light fidelity). Im Zusammenspiel mit 5G oder Glasfaser werden Funksignale über Licht-  
32 wellen transportiert. Die Zwei-Wege-Kommunikation ermöglicht zuverlässig und sicher Übertragungs-  
33 kapazitäten, die weit über vielen herkömmlichen drahtlosen Technologien liegen. Wir können damit  
34 in der Hansestadt die zunehmende Überlastung des Funkfrequenzbereichs überwinden. Erforscht wird  
35 diese Technologie unter anderem in unsere Partnerstadt Dresden am Fraunhofer IPMS. Unter Führung  
36 von Nokia hat sich die Light Communications Alliance gegründet, um die Verbreitung zu fördern. Mit  
37 der HSV Fußball AG hat bereits ein prominentestes Unternehmen seinen Presseraum mit dieser Tech-  
38 nologie ausgestattet.  
39

## 40 8. Gesundheit und Pflege

### 41 8.1. Es ist nicht alles Gold, was glänzt

42  
43 Hamburg zählt zu den führenden Gesundheitsstandorten in Deutschland. Mehr als 165.000 Menschen  
44 sind im Gesundheitssektor tätig und jeder neunte Euro unseres Bruttoinlandsproduktes wird im Medi-  
45 zin- und Pflegesektor verdient. Aufgrund des demografischen Wandels, des technologischen Fort-  
46 schritts und der Metropolfunktion der Hansestadt wird sich das Wachstum in der Gesundheitswirt-  
47 schaft weiter fortsetzen. Die Gesundheitswirtschaft betont zurecht die ökonomische Bedeutung der  
48 Themen Gesundheit und Pflege für die Hamburger Bürger – und wer wollte bestreiten, dass die Ge-  
49 sundheitswirtschaft hier und andernorts seit langem boomt?  
50

1 Aber wie sieht es mit der tagtäglichen Versorgungssituation von Patienten und Pflegebedürftigen aus?

2

3 Die AfD wendet sich dieser Frage ganz bewusst zu und betrachtet die Leistungsfähigkeit des Gesund-  
4 heitswesens in Hamburg vor allem aus der Sicht der persönlich von Krankheit und Pflegebedürftigkeit  
5 betroffenen Menschen. Wir decken Schwachstellen auf und fordern dringend nötige Verbesserungen  
6 ein.

7

8 Das Armutsrisiko bei Pflegebedürftigkeit, die Versorgungsqualität in unseren Seniorenheimen, die Pa-  
9 tientensicherheit, die Krankenhaushygiene und nicht zuletzt die Behebung des Hebammenmangels in  
10 Hamburg sind wichtige Themen der Gesundheitspolitik, in denen Verbesserungen dringend erforder-  
11 lich sind.

12

### 13 8.2. Hamburger Pflegebedürftige aus Hamburger Haushaltsmitteln finanziell unterstüt- 14 zen

15

16 Aufgrund unzureichender Leistungsansprüche aus der Gesetzlichen Pflegeversicherung ist Pflegebe-  
17 dürftigkeit mittlerweile mit einem erheblichen Armutsrisiko verbunden. Dieses Problem wird sich auf-  
18 grund der demographischen Entwicklung und der weiter steigenden Kosten im Gesundheitssektor zu-  
19 künftig rasant verschärfen.

20

21 Eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung zur besseren Absicherung der Pflegebedürftigen ist  
22 nur auf Bundesebene möglich und wird voraussichtlich Jahre dauern. Die Pflegebedürftigen in Ham-  
23 burg sollen bis dahin aus Mitteln des Landeshaushaltes finanziell entlastet werden. Die Gesetzgebungs-  
24 kompetenz hierzu hat der Senat, nutzt bisher jedoch seinen Gestaltungsspielraum zur finanziellen Ent-  
25 lastung pflegebedürftiger Menschen mit geringem Einkommen nicht.

26

### 27 8.3. Pflegequalität in Hamburger Seniorenheimen besser kontrollieren

28

29 Die Einhaltung von Qualitätsstandards in Pflegeeinrichtungen muss von der Stadt Hamburg wesentlich  
30 gründlicher kontrolliert werden als bisher. Immerhin geht es um die Erhaltung und Förderung der Ge-  
31 sundheit der Heimbewohner, um ihre Lebensqualität und nicht zuletzt um ihre Mobilität und Selbst-  
32 bestimmung.

33

34 Die erforderliche Kontrollintensität im Hinblick auf die Pflege- und Versorgungssituation in stationären  
35 Einrichtungen ist mit der gegenwärtigen Personalausstattung der amtlichen Pflegeaufsicht nicht zu er-  
36 bringen. Um die Hamburger Senioren in Pflegeheimen besser zu schützen, muss mehr qualifiziertes  
37 Personal eingestellt und die Kontrollintensität deutlich erhöht werden.

38

### 39 8.4. Ärzte aus Drittstaaten: Keine Approbation nach der „Papierform“ mehr

40

41 Patientensicherheit ist ein hohes Gut. Ärzte aus Drittstaaten, die in Hamburg tätig sein wollen, müssen  
42 ihre Befähigung derzeit lediglich durch die Vorlage von Urkunden nachweisen. Dies ist ein unhaltbarer  
43 Zustand, denn in medizinischen Fachkreisen wird bezweifelt, dass zwischen den ausländischen Berufs-  
44 abschlüssen und den Qualitätsstandards der deutschen Mediziner Ausbildung tatsächlich Gleichwertig-  
45 keit besteht.

46

47 Aus Gründen des Patientenschutzes und um eine eindeutige Kompetenzfeststellung vornehmen zu  
48 können, soll die bloße Urkundenprüfung durch ein Prüfverfahren ersetzt werden, in welchem Ärzte  
49 aus Drittstaaten ihre Befähigung auf dem fachlichen Niveau des medizinischen Staatsexamens nach-  
50 zuweisen haben.

51

1 Um fachliche Defizite frühzeitig erkennen und Patienten vor Behandlungsfehlern schützen zu können,  
2 sind von Drittstaatenärzten vor Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftliche und mündliche bzw. praktische  
3 Prüfungen abzulegen.  
4

## 5 8.5. Krankenhaushygiene verbessern

6

7 Um Krankenhausinfektionen und die Anzahl der dadurch bedingten Komplikationen und Todesfälle zu  
8 reduzieren, wollen wir ein Qualitätsprogramm nach dem Vorbild der Niederlande auf den Weg brin-  
9 gen. Die Krankenhäuser sollen dazu jährliche Hygiene- und Infektionsberichte öffentlich einsehbar ma-  
10 chen.

11  
12 Krankenhäuser, die erhöhte Infektionsraten aufweisen, sollen in der Umsetzung sinnvoller organisato-  
13 rischer Maßnahmen wie Mitarbeiterschulungen insbesondere des Reinigungspersonals und bei Hän-  
14 dedesinfektionsprogrammen unterstützt werden.  
15

## 16 8.6. Versorgung mit Hebammen in Hamburg verbessern

17

18 „Werdende Eltern“ finden in Hamburg nur schwer und – wenn überhaupt – nach langer, aufwendiger  
19 Suche eine Hebamme. Um dem Mangel an Hebammen entgegen zu wirken und die Versorgungssitua-  
20 tion zu verbessern, muss dieses Berufsfeld wirtschaftlich wieder attraktiver werden.  
21

22 Ähnlich dem Modell in Bayern ist anzustreben, dass Hebammen eine Niederlassungsprämie erhalten  
23 und einen Bonus bei mindestens vier Geburten pro Jahr. Dadurch werden die Hebammen zumindest  
24 teilweise von den hohen Haftpflichtprämien entlastet.  
25

26 Zudem müssen werdende Mütter von der Gesundheitsbehörde, ihrer Krankenkasse und ihren Ärzten  
27 besser darüber informiert werden, wie sie die ihnen zustehenden Hebammen-Leistungen am besten  
28 in Anspruch nehmen können.  
29

# 30 9. Familie

## 31 9.1. Familien sind unser Fundament

32

33 Familien sind das Fundament und die Stütze jeder Gesellschaft. Sie sind unersetzbar und stehen unter  
34 dem Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer  
35 Verantwortung für ihre Kinder. Bei jeder Familiengründung entstehen Pflichten, Verantwortung und  
36 Rechte für Eltern, Kinder und Gesellschaft.  
37

38 Kinder garantieren das Fortleben einer Gesellschaft. Darum muss das Kindeswohl im Fokus von Eltern  
39 und Gesellschaft stehen. Kindern muss die bestmögliche Entwicklung in einer sicheren, gewaltfreien  
40 Umgebung zukommen.  
41

42 Berufstätigkeit soll Eltern nicht anhaltend überlasten oder zu Gewissenskonflikten führen. Familie und  
43 Beruf sind nur vereinbar, wenn Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer Elternrolle und ihrer Erzie-  
44 hungspflicht gerecht zu werden. Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit sollten  
45 sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken.  
46

47 Wir brauchen eine kinderbejahende Gesellschaft. Dazu müssen Rahmenbedingungen geschaffen wer-  
48 den, die Familiengründung attraktivieren. Das ist ein Kernanliegen der AfD.  
49

## 1 9.2. Häusliche Kindererziehung wertschätzen

2  
3 Die politischen Debatten, aber auch die in Medien und Bildungseinrichtungen vorgelebten Leitbilder,  
4 vermitteln häufig eine Geringschätzung der familiären Haus- und Erziehungsarbeit. Besonders gut zu  
5 erkennen ist der Wandel an der inzwischen stark negativ konnotierten Tätigkeit der „Hausfrau“. Er-  
6 strebenswert scheint nach diesem Leitbild einzig der möglichst unterbrechungsfreie Vollzeit-Einkom-  
7 menserwerb beider Elternteile.

8  
9 Dabei sind die nicht auf den Einkommenserwerb gerichteten Tätigkeiten einer Familie wie Kinderer-  
10 zierung, Pflege von Familienangehörigen, Hausarbeit, Engagement in Schule, Vereinen und Nachbar-  
11 schaft, wie sie durch den „nicht arbeitenden“ Elternteil einer Familie – traditionell der „Hausfrau“ –  
12 wahrgenommen werden, von unschätzbarem gesellschaftlichen Wert!

13  
14 Wir setzen uns für eine Politik ein, die der häuslichen Tätigkeit von Familienmitgliedern, die ange-  
15 brachte Wertschätzung entgegenbringt. Diese Wertschätzung soll sich nicht nur in Worten äußern.  
16 Elternteile, ganz gleich ob männlich oder weiblich, die beispielsweise für Kinderbetreuung oder die  
17 Pflege von Angehörigen zu Hause bleiben, sollen finanziell und gesellschaftlich denjenigen gleichge-  
18 stellt werden, die für diese Aufgaben staatlich geförderte Erziehungs- oder Pflegeeinrichtungen in An-  
19 spruch nehmen.

## 21 9.3. Ein Hamburg nicht nur für Doppelverdiener

22  
23 Unsere Familienpolitik hat zum Ziel, dass Familien prinzipiell vom Vollerwerbs-Einkommen einer Per-  
24 son ihr Leben bestreiten können. Momentan ist es für das Durchkommen der meisten Großstadtfami-  
25 lien zwingend notwendig, dass beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen und somit  
26 kaum Zeit für ihre Kinder und deren Erziehung übrigbleibt. Bei der Verringerung der zum Teil hohen  
27 staatlichen Abgabenlast haben Familien deshalb für uns Vorrang.

## 29 9.4. Anreize zur Familiengründung schaffen

30  
31 Die AfD Hamburg wird Familien die Möglichkeit zurückgeben, wieder finanzielle Rücklagen zu schaffen,  
32 sowie Eigentumsaneignungen finanzieren zu können.

33  
34 Weiterhin wird die AfD Hamburg unsere Hansestadt in eine familienfreundliche Stadt ausbauen und  
35 längst überfällige Investitionen in die Infrastruktur tätigen. Wir werden Spielplätze und Parks sanieren,  
36 sichere und von den Straßen klar getrennte Fuß- und Radwege erbauen, ausreichend Plätze in Kinder-  
37 tagesstätten schaffen, eine gute Schulbildung sicherstellen und Fehlentwicklungen und Defizite in der  
38 frühkindlichen Bildung verhindern (siehe Kapitel 5).

39  
40 Wir werden eine tatsächliche Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung ohne eine Diskriminierung der el-  
41 terlichen Betreuung gewährleisten werden.

## 43 9.5. Familien sollen wieder Verantwortung übernehmen

44  
45 Die AfD steht für eine Rückkehr zu den traditionellen Werten der Familie, in der die Familie auch im  
46 Sinne der Subsidiarität die erste solidarische Stütze der Gesellschaft ist, in der sich die Familienmitglie-  
47 der untereinander Rückhalt in der Not geben, tatkräftig helfen und nicht zwingend auf Sozialleistungen  
48 des Staates verweisen müssen.

49  
50 Der Verlust der Werte der traditionellen Familie ist für die Gesellschaft klar wahrnehmbar. Mehr noch,  
51 diese Entwicklung ist der derzeit vorherrschende politische Wille der Altparteien. Kaum eine Familie

1 ist heutzutage noch in der Lage, die finanziellen Probleme einzelner in Notsituationen geratener Familienmitglieder lösen zu können.

3

4 Diese Entwicklung wird die AfD stoppen und rückgängig machen, sodass sich die Familie als Institution wieder in der Lage befindet, diesen Werten zu entsprechen und ihre Aufgaben wahrnehmen zu können.

7

## 8 9.6. Risiken der Familiengründung verringern

9

10 Kinder kosten Geld. Sie stellen für viele Familien ein finanzielles Risiko dar, weil der Nachwuchs meistens eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, vorwiegend der Mutter, bedeutet. Daraus folgt wiederum ein erschwerter Wiedereinstieg ins Berufsleben.

13

14 Im Arbeitsleben wird leider nur noch selten Rücksicht auf das Familienleben, bzw. den Wunsch, eine Familie gründen zu wollen, genommen. Teilweise mischt sich der Arbeitgeber sogar ins Privatleben der Arbeitnehmer ein, um sicherzustellen, dass deren Arbeitsleistung nicht durch den Familienwunsch unterbrochen wird. Darum muss das Arbeitsleben stärker auf das Familienleben abgestimmt werden, nicht umgekehrt.

19

20 Weiterhin wollen wir jedes Elternteil, das sich der Erziehung eines Kindes widmet, bei der Rente besser berücksichtigen als bisher.

22

## 23 9.7. Gegen Gender Mainstreaming, für Gleichberechtigung

24

25 Die AfD Hamburg lehnt die derzeit praktizierte Form des „Gender Mainstreaming“ ab. Gender Mainstreaming marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt die natürliche geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen.

29

30 Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen. Wir lehnen daher Bestrebungen ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Aktionen wie den „Equal Pay Day“ oder „geschlechtsneutrale Sprache“ umzusetzen.

35

36 Die AfD will, dass sich die Familienpolitik am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert, wie es das Grundgesetz vorsieht. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes „Familie“ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.

40

41 Die AfD Hamburg befürwortet nachdrücklich die Gleichberechtigung der Geschlechter und die damit verbundene Chancengleichheit. Öffentliche oder private Ämter sind diskriminierungsfrei allein nach dem Maßstab der Qualifizierung und der Leistung zu besetzen.

44

## 45 9.8. Jugendhilfe familienfreundlicher gestalten

46

47 Hamburgs Kinder- und Jugendeinrichtungen haben nicht die Kapazitäten, alle Hamburger Kinder und Jugendliche, die sich in der Obhut der Stadt befinden, unterzubringen. Stattdessen werden die Kinder und Jugendlichen in Einrichtungen in anderen Bundesländern untergebracht. Hierdurch ist es für die Angehörigen der Kinder oftmals schwierig, diese zu besuchen; in einigen Fällen verhängen die Einrich-

1 tungen sogar Kontaktsperren. Weiterhin unterliegen die Einrichtungen oftmals keiner strengen Kon-  
2 trolle, wodurch Missstände nur schwer aufgedeckt werden können. Darum wird die AfD Hamburg eine  
3 Reduzierung der auswärtigen Unterbringung durch das Jugendamt erwirken und die Heime strenger  
4 beaufsichtigen, damit dort möglichst jedes untergebrachte Kind und jeder Jugendliche die Chance be-  
5 kommt, in einer gewaltfreien und sicheren Umgebung heranreifen zu können.

## 6 10. Demokratie

### 7 10.1. Schluss mit dem öffentlich-rechtlichen Zwangsrundfunk

8  
9 Die AfD Hamburg spricht sich für eine Reform des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags und eine  
10 sehr weitreichende Reform des Rundfunkstaatsvertrags oder, sollte diese nicht möglich sein, die Kün-  
11 digung desselben aus.

12  
13 Niemand soll mehr gezwungen sein, eine Gebühr oder einen Beitrag für ein Rundfunkangebot zu be-  
14 zahlen, das keineswegs die Interessen der breiten Mehrheit der Medienkonsumenten vertritt. Im Zeit-  
15 alter des Internets gibt es keinen Grund, einen staatsnahen Anbieter zu privilegieren, der von Parteien  
16 und politisch nicht neutralen Interessensgruppen dominiert wird und dessen Berichterstattung zuneh-  
17 mend an Neutralität und Objektivität vermissen lässt. Es muss einen freien Wettbewerb unter allen  
18 Rundfunkanbietern geben.

19

### 20 10.2. Gegen politische Korrektheit, für Meinungsfreiheit

21

22 Eine freie und demokratische Republik, die aus freien Bürgern besteht, kann nur dann funktionieren,  
23 wenn jeder Bürger nicht nur theoretisch das Recht auf Meinungsfreiheit hat, sondern wir eine Ge-  
24 sprächskultur etablieren, bei dem es für üblich und normal gehalten wird, sich politisch zu streiten und  
25 in der niemand Angst haben muss, seine Meinung zu sagen.

26

27 Politischer Korrektheit erteilen wir daher ebenso eine klare Absage wie der Bemäntelung von Zensur  
28 unter dem Vorwand, „Hassrede“ zu bekämpfen. Einzige Grenze der Meinungsfreiheit ist und bleibt für  
29 uns das Strafrecht, nicht das politische Geschmacksempfinden der Obrigkeit.

30

### 31 10.3. Keine Diskriminierung politischer Parteien

32

33 Die AfD Hamburg musste den Staat erst vor Gericht zerren, um als demokratisch legitimierte Partei die  
34 Einhaltung simpelster demokratischer Standards wie der Überlassung von Räumlichkeiten für Partei-  
35 tage zu erzwingen. Das ist ein Armutszeugnis für die Altparteien.

36

37 Die AfD Hamburg wird durchsetzen, dass keiner politischen Partei in Hamburg die Nutzung von Räum-  
38 lichkeiten für Veranstaltungen mehr verweigert werden kann, soweit es sich um Räumlichkeiten han-  
39 delt, die der Stadt gehören oder die von der Stadt (mit-)finanziert werden. Nur so ist sichergestellt,  
40 dass auch in den Augen der Obrigkeit unliebsame politische Parteien sich friedlich versammeln können.

41

### 42 10.4. Keine Kulturförderung mit einseitiger politischer Propaganda

43

44 Die AfD steht hinter der Freiheit der Kunst. Sie ist Teil unserer demokratischen Kultur der freien Mei-  
45 nungsäußerung und -bildung. Die Kultur ist wesentlich verantwortlich, nicht nur für die Unterhaltung,  
46 sondern auch zur Wertebildung und zur Orientierungsfindung des Menschen in unserem Land. Gerade  
47 in unserer Zeit, in der der Zusammenhalt unter den Menschen stark strapaziert wird, hat die Kunst  
48 eine bindende und aufrichtende Aufgabe. Wichtige Fragen unserer Zeit und unserer Kultur werden von  
49 Künstlern formuliert und erweitern unsere Sichtweisen, um gemeinsam Lösungen zu finden, die unsere  
50 Traditionen pflegen, uns im Alltag erheben und uns Anregungen für die Zukunft geben können. Die AfD

1 unterstützt deswegen die gewachsene Theater- und Museumskultur der Freien und Hansestadt Ham-  
2 burg.

3

4 Wir sind jedoch nicht mit dem Missbrauch unserer Bühnen und öffentlich geförderten Ausstellungs-  
5 häuser für einseitige politische Propaganda einverstanden, die häufig aggressiv und aufstachelnd vor-  
6 getragen wird. In solchen Fällen sollte die öffentliche Unterstützung sofort entzogen werden.

## 7 11. Digitalisierung

### 8 11.1. Technik muss dem Menschen dienen

9

10 Digitale Techniken können dem Bürger den Zugang zu Leistungen der Verwaltung erleichtern und die  
11 Arbeit der Verwaltung effektiver gestalten. Wir befürworten die Nutzung dieser Techniken und wollen  
12 sie fördern.

13

14 Die Möglichkeit für den Bürger, im persönlichen Gespräch mit der Verwaltung in Kontakt zu treten,  
15 muss dabei erhalten bleiben.

16

17 Die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser-Anschlüssen ist auch nach der laufenden Initiative der  
18 Stadt in Hamburg nicht gewährleistet. Wir setzen uns für eine lückenlose Anbindung ans Glasfasernetz  
19 im Hamburger Stadtgebiet ein. Der 5G-Standard ist keinesfalls eine akzeptable Ersatzlösung für einen  
20 leistungsfähigen Glasfaser-Anschluss.

21

### 22 11.2. Digitale Techniken in der Schule

23

24 Wir befürworten den Einsatz digitaler Techniken im Schulunterricht und wollen ihn fördern. Nutzung  
25 und Gebrauch digitaler Techniken sind integraler Bestandteil im beruflichen und privaten Leben.

26

27 Grundlage jeder schulischen Bildung muss aber weiterhin das Erlernen und Beherrschen der Hand-  
28 schrift und der Grundrechenarten sein. Die Digitalisierung des Unterrichts darf nicht dazu führen, dass  
29 diese grundlegenden Kulturtechniken verloren gehen.

30

### 31 11.3. Digitale Unterstützung für Unterschriftensammlungen

32

33 Wir setzen uns dafür ein, dass Unterschriften im Rahmen von Volksinitiativen und Volksbegehren in  
34 Zukunft auch digital von Hamburger Bürgern gesammelt werden können. Wir bestehen allerdings da-  
35 rauf, dass Abstimmungen und Wahlen weiterhin durch Papier-Stimmzettel erfolgen, um das Ver-  
36 trauen des Bürgers in die Wahrhaftigkeit dieser Prozesse zu erhalten.

### 37 11.4. Gamer und E-Sport fördern

38

39 Nicht nur viele Jugendliche, sondern auch viele Erwachsene und Senioren haben zunehmend Freude  
40 und Begeisterung für Spiele am Computer, am Smartphone und auf anderen Plattformen entwickelt.  
41 Die AfD Hamburg steht sowohl den Gamern und auch dem so genannten „E-Sport“ positiv und aufge-  
42 schlossen gegenüber. Pauschale Verurteilungen, wie man sie häufig von der CDU hört, liegen der AfD  
43 Hamburg fern.

## 44 12. Katastrophenschutz und Bundeswehr

45

## 1 12.1. Einsatz der Bundeswehr im Katastrophenschutz

2

3 Als Theoretiker während der großen Sturmflut von 1962 noch debattierten, schuf der damalige Innen-  
4 senator und ehemalige Offizier, Helmut Schmidt, Tatsachen. Erstmals seit Gründung der Bundeswehr  
5 im Jahre 1955 wurde diese großflächig im Inland eingesetzt.

6

7 Ohne jenen eigenmächtig initiierten Präzedenzfall wäre es 1968 wohl kaum zur Grundgesetzerverweite-  
8 rung gekommen, welche fortan den Einsatz der Streitkräfte im Inland – etwa bei Naturkatastrophen –  
9 ermöglichte.

10

11 1962 sind über 300 Menschen der Sturmflut zum Opfer gefallen. Man möchte sich nicht vorstellen,  
12 wie viele es damals in Hamburg – oder später binnen anderer Katastrophen – ohne die Hilfe der Bun-  
13 deswehr gewesen wären.

14

15 Allein das offenbart die enge und gemeinsame Geschichte unserer Streitkräfte mit der Freien und Han-  
16 sestadt Hamburg.

17

18 Die AfD Hamburg hat die Bilder der sich gemeinsam – sowohl Soldaten als auch Anwohner – gegen die  
19 Flut stellenden Bürger nicht vergessen und setzt sich auch zukünftig für deren Vermächtnis ein.

20

## 21 12.2. Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft

22

23 Die AfD Hamburg ist stolz auf unsere Bundeswehrsoldaten.

24

25 Soldat und Bürger sind dabei für uns keine trennenden Begriffe, denn ein jeder Soldat ist auch Staats-  
26 bürger – lediglich in Uniform anstatt der Jeans.

27

28 Um jenes Selbstverständnis an einem Standort wie Hamburg mit über 5.000 Soldaten zu fördern setzt  
29 sich die AfD Hamburg auch weiterhin für die Präsenz unserer Streitkräfte in der Hamburgischen Öff-  
30 fentlichkeit ein.

31

32 Neben der fortwährenden engen Partnerschaft binnen des jährlichen Hafengeburtstages soll die Bun-  
33 deswehr die Möglichkeit erhalten, den jährlich stattfindenden Beförderungsausschuss zum Leutnant – also  
34 den Beförderungsausschuss zum Offizier – auf dem Rathausmarkt, den kleineren Beförderungsausschuss der  
35 Luftwaffenoffiziere im Großen Festsaal des Rathauses, durchzuführen.

36

## 37 12.3. Bundeswehr an unseren Schulen

38

39 Jugendoffiziere betreiben entgegen der meist unsachlichen Polemik von linker Seite kein „Werben  
40 für's Sterben“ an Schulen, sondern klären über sicherheitspolitische Themen auf.

41

42 Ebenso wie es etwa in Grundschulen üblich ist, durch Besuche der Polizei über den Straßenverkehr  
43 aufzuklären, darf auch der Bundeswehr ein Zugang zu unseren Bildungseinrichtungen nicht verwehrt  
44 bleiben.

45

## 46 12.4. Sportfördergruppe nach Hamburg holen

47

48 Zudem will die AfD Hamburg das Landeskommando Hamburg, die Kommandobehörde der Bundes-  
49 wehr in der Freien und Hansestadt Hamburg, beim Umzugsbestreben der aktuell im schleswig-holstei-

1 nischen Appen stationierten Sportfördergruppe Hamburg in das Landesgebiet der Freien und Hanse-  
2 stadt Hamburg unterstützen. Die Rahmenbedingungen sind bereits auf dem Olympiastützpunkt Ham-  
3 burg-Dulsberg gegeben.

## 4 13. Auswärtige Beziehungen

### 5 13.1. Hamburgs Beitrag zur positiven Entwicklung deutscher Außenpolitik

6  
7 Als Tor zur Welt hat Hamburg seit jeher für Deutschland eine wichtige Rolle in der Außenpolitik ge-  
8 spielt. Häufig waren die außenpolitischen Beziehungen von Konflikten geprägt, doch noch wesentlich  
9 stärker vom Handel. Hamburg war spätestens seit dem Mittelalter und seiner Mitgliedschaft in der  
10 Hanse eine wichtige Drehscheibe für Waren, Menschen und Ideen, in Europa und darüber hinaus. In  
11 der zunehmend global vernetzten Welt von heute hat Hamburg, genau wie in den vergangenen Jahr-  
12 hundertern, die Möglichkeit und die Verantwortung, zu einer positiven Entwicklung der deutschen Au-  
13 ßenpolitik beizutragen. Neben der Werbung neuer offizieller Vertretungen anderer Nationen kann  
14 Hamburg insbesondere durch seine Partnerstädte die internationalen Beziehungen Deutschlands so-  
15 wie die Völkerverständigung im Allgemeinen verbessern. Von diesem Standpunkt aus schlägt die AfD-  
16 Hamburg folgende Maßnahmen vor:

17

### 18 13.2. Attraktivität Hamburgs für internationale Repräsentationen steigern

19

20 Hamburg soll noch attraktiver als Standort für ausländische Konsulate und sonstige international agie-  
21 rende Institutionen werden. Im Rahmen von Stadtwerbekampagnen soll Hamburg als ein solcher  
22 Standort stärker international bekannt gemacht werden.

23

24 Hamburg soll seine Funktion als Standort genannter Institutionen durch Schautafeln im Hamburger  
25 Stadtbereich und Aufnahme in den Lehrplan der Schulen stärker bei den Hamburgern bekannt ma-  
26 chen.

27

### 28 13.3. Städtepartnerschaften ausbauen

29

30 Die bestehenden neun Städtepartnerschaften sollen durch regelmäßige und repräsentative Stadtge-  
31 schenke an die Partnerstädte, z.B. Hans-Hummel-Skulpturen, wie sie seit 2003 auch in Hamburg auf-  
32 gestellt werden, gefördert werden.

33

34 Die Partnerstädte sollen mit Wappenschildern an prominenten Einfahrtstoren der Stadt, wie z.B. an  
35 den Elbbrücken, der Langenhorner Chaussee oder dem Horner Kreisel, durch Schilder und Zeitzone-  
36 nuhren am Hauptbahnhof und am Flughafen sowie einem Wegweiser vor dem Rathaus mit Entfernungs-  
37 angaben zu den bestehenden Partnerstädten besser bekannt gemacht werden.

38

39 Regelmäßig, etwa zu Jubiläen, sollen Volksfeste zur Feier der Städtepartnerschaften durchgeführt wer-  
40 den und dazu Vertreter der Partnerstädte eingeladen werden. Die Hamburger Schulen sollen zu diesen  
41 Festen beitragen, um die Hamburger Kultur und Geschichte zu präsentieren.

42

43 Städtepartnerschaften, insbesondere neu eingegangene, sind immer auch ein Symbol für die politische  
44 und weltanschauliche Verfasstheit, welcher sich die jeweiligen Städte verpflichtet fühlen. Hamburg  
45 steht für freiheitlich, demokratische Werte und hanseatische Weltoffenheit; deshalb befürwortet die  
46 AfD Hamburg, eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Hafenstadt wie Haifa einzugehen.

47

### 48 13.4. Hamburgs Rolle in der Entwicklungspolitik

49

1 Für die AfD Hamburg ist die Entwicklungshilfepolitik ein integraler Bestandteil der Migrations- und Au-  
2 ßenpolitik. Nur wenn die Menschen in Entwicklungsländern Hilfe zur Selbsthilfe bei der wirtschaftli-  
3 chen und demokratischen Entwicklung ihres Landes angeboten bekommen, wird das Ziel erreicht, Mig-  
4 rationsströme zu unterbinden. Obgleich die Außen-, und somit auch die Entwicklungspolitik, im Kern  
5 eine Angelegenheit des Bundes ist, halten wir Hamburg als internationale Handelsmetropole für prä-  
6 destiniert, bei der Kooperation mit anderen Städten und Ländern im Bereich der Entwicklungshilfe mit  
7 voranzugehen. Dieser Anspruch leitet sich alleine schon vom Status Hamburgs als wichtigste deutsche  
8 Hafenstadt ab. Auch das sehr diverse Netzwerk an Partnerstädten – hier finden sich Metropolen und  
9 Städte aus Industrie- wie auch Entwicklungsländern – spielt dabei eine entscheidende Rolle.

10

11 Internationale Kooperationen in der Entwicklungszusammenarbeit sollen allen beteiligten Seiten nut-  
12 zen. Wenn Hamburg im Rahmen der Entwicklungspolitik Wissen und Fähigkeiten in weniger entwi-  
13 ckelte Teile der Welt exportiert, ist dies mit der Erwartung verbunden, dass dieser Wissenstransfer das  
14 Zielland und seine Bevölkerung auch tatsächlich voranbringt. Es ist daher politisches Ziel, dass bisherige  
15 finanzielle Mittel aus dem Hamburger Haushalt für Entwicklungsmaßnahmen bezüglich ihrer messba-  
16 ren Erfolge in den Entwicklungsländern überprüft werden. Auch sollten unsere Aktivitäten nicht aus-  
17 schließlich aus reiner Mildtätigkeit verfolgt werden; es muss dabei auch zu allen Zeiten sichergestellt  
18 sein, dass die Hamburger Entwicklungspolitik auch Hamburger Interessen berücksichtigt. Unter jene  
19 Hamburger Interessen fällt ausdrücklich das Standortmarketing im Ausland. Die „Marke Hamburg“  
20 sollte in einer globalisierten Welt auch global präsent sein.

21

22 Positivbeispiele für funktionierende Entwicklungshilfe liefert Hamburg selbst. Insbesondere mit den  
23 Partnerstädten Dar es Salaam (Tansania) und Leon (Nicaragua) findet auf Basis der Städtepartnerschaf-  
24 ten ein reger Austausch im Bereich der Entwicklungshilfe statt. Gegenwärtig werden fünf Projekte in  
25 Dar es Salaam und drei Projekte in Leon durch Hamburg gefördert. Selbstverständlich sind die meisten  
26 Partnerstädte Hamburgs nicht auf Entwicklungshilfe angewiesen, doch in denen, die es sind, leistet  
27 Hamburg wichtige Pionierarbeit. Diese ist in besonders hohem Maße dazu geeignet, das oben er-  
28 wähnte Standortmarketing zu betreiben. Entscheidend ist dabei, den empfangenen Partnern auf Au-  
29 genhöhe zu begegnen und sie weder zu bevormunden noch sie zu Bittstellern zu verklären.